

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpiennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Lauenburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kämpfe“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 10. April 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Postsparkasse, Postfach 10000

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kompositionelle 0,70 Goldmark, Reklameweile 1.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 0,20 Goldmark (ausfallsfrei zwei Zeilen und zwei Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Steilzeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben abhaken für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnement 0,30 Goldmark, Eine Goldmarke - ein Blatt gestellt durch L.H.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Annehmen oder ablehnen?

Die Regierung studiert den Bericht der Sachverständigen.

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag die Prüfung des Sachverständigenberichts, der ihr noch nicht vollständig vorlag, begonnen. Eine endgültige Stellungnahme kann natürlich erst erfolgen, wenn der ganze Bericht vorliegt. Besprechungen mit dem Sachverständigenrat über die Währungsverträge wurden begonnen und auf heute vertagt.

Das Studium des Sachverständigenberichts ist zeitraubend und mühsam.

Man kann es sich ersparen, wenn man erkärt, daß alles, was von Deutschland gefordert wird, unerträglich ist, daß jedes Eingehen auf diese Vorschläge schmachvolle „Erfüllungspolitik“ bedeutet und daß man sich mit dem blanken Schwert den Weg in die Freiheit bahnen müsse.

Man kann es sich ebenso ersparen, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die ganze Reparationsfrage nur ein Kapitalistenwindel ist, den die nächste Welle der Weltrevolution schon hinwegschwemmen werde.

Indes beschäftigt sich der Sachverständigenbericht mit der Frage, was in den nächsten Wochen werden und was in den nächsten Jahren gelten soll. Und da weder der Revanchekrieg noch die kommunistische Weltrevolution für diesen Zeitraum mit unbedingter Sicherheit zu erwarten sind, ist für unsere Leute eine eingehende Beschäftigung mit diesem Bericht unerlässlich.

Was sind, kurz zusammengefaßt, die Folgen, wenn das von den Sachverständigen vorgeschlagene Regime zur Anwendung gelangt?

Auf der Plus-Seite: Die deutsche Wirtschaftseinheit wird wieder hergestellt. Die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet fällt. Es werden von der Wirtschaft der besetzten Gebiete keine besonderen Abgaben erhoben. Es werden keine gewaltsamen Eingriffe von außen her mehr vorgenommen. Es gibt keine Reparationsprovinz mehr, die wie eine Zitrone ausgequetscht wird, sondern der Druck wird auf die ganze deutsche Wirtschaft gleichmäßig verteilt. Ob die ausländischen Soldaten stehen bleiben, wo sie sind, ist eine politische Frage, die die Sachverständigen nicht interessiert. Aber das fremde Militär soll mit der deutschen Wirtschaft nichts mehr zu tun haben, und was es kostet, wird in die allgemeinen Leistungen Deutschlands mit eingerechnet. Die Gläubiger Deutschlands haben somit ein eigenes Interesse, die Besatzungskosten so nahe wie möglich an den Nullpunkt herabzudrücken. Infolgedessen tritt — bestimmt wenigstens zunächst — ein Zustand der allgemeinen Entspannung und Beruhigung ein, der sich vor allem dem besetzten Gebiet fühlbar machen wird, der aber auch dem ganzen Deutschland die Aussicht erschließt, seine Währung halten und seine Wirtschaft entwickeln zu können.

Auf der Minus-Seite: Deutschland muß erneut die Verpflichtung zu Leistungen übernehmen, die im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit hart sind, und die möglicherweise — wenn sich die Dinge ungünstiger entwickeln als die Sachverständigen annehmen — eines Tages nicht mehr vollständig erfüllt werden könnten. Deutschland muß bestimmte Einnahmequellen als Garantie für seine Leistungen zur Verfügung halten und gewisse nicht leicht zu tragende Kontrollen seiner Wirtschaft auf jenen wirtschaftlichen Quellgebieten dulden.

Die Abwägung der Vorteile und der Nachteile ergibt nach unserer Ueberzeugung ein Ueberwiegen der Vorteile. Aber dazu kommt noch, daß die Frage der Annahme oder der Ablehnung kein kaltes Rechenexempel ist, sondern eine nationale und eine internationale Frage von höchster Bedeutung. Darf das unbesetzte Gebiet überhaupt irgendwelche Opfer, und schienen sie noch so hoch, ablehnen, wenn durch sie die Befreiung des besetzten Gebiets von unerträglichem Druck erkauft werden kann? Nein, das darf es nicht! Die Bevölkerung des besetzten Gebiets hat ein Recht, von uns zu verlangen, daß wir gemeinsam mit ihr auch das Schwerste auf uns nehmen und jedes Risiko eingehen, um sie von der Qual zu befreien, unter der sie leidet.

Jede deutsche Regierung steht jetzt vor der Frage: „Will sie, kann sie sofort — da gibt es kein Moratorium — ins besetzte Gebiet einmarschieren und die Franzosen verjagen?“ Will oder kann sie das nicht, nun dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als den anderen Weg zur Befreiung zu gehen: eben den, den der Bericht der Sachverständigen zeigt.

Ganz nackt und brutal stellt sich nur die Frage, ob die Befreiung, die wir dem besetzten Gebiet schulden, durch Kanonen oder durch Zahlungen erreicht werden

soll. Kanonen sind durch Maschinengewehrschrauzen nicht zu ersetzen; nationalistische Redereien bringen uns keinen Millimeter weit vom Ziel.

Die Ablehnung des Sachverständigenberichts wäre eine katastrophale Dummheit, auf die zwar die Unentwegten der französischen Gewaltpolitik hoffen, die uns aber die übrige Welt kaum zutraut. Kann es unser nationaler Ehrgeiz sein zu zeigen, daß wir dümmer sind, als irgendein Reich glaubt?

Den Sachverständigenbericht ablehnen, ist unmöglich. Was man nicht ablehnen kann, das muß man annehmen.

Was wird gefordert, was gewährt?

Der von dem Sachverständigenrat ausgearbeitete Reparationsplan, der nach der Meinung der Kommission selbst ein unteilbares Ganzes vorstellt, unterscheidet sich bereits in seinen Voraussetzungen von allen ähnlich gearbeiteten Reparationsvorschlägen, die bisher auf der Seite der Entente vorgelegt haben. Einmal sieht er die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit und die Befreiung der produktionshindernden Sanktionen als Vorbedingung der inneren Sanierung und der Stabilisierung der Währung und der Wiederherstellung des deutschen Kreditwesens vor; ferner dürfen die Linsen in keinem Falle die Lebenshaltung des deutschen Volkes unter das Niveau der Lebenshaltungen der benachbarten Staaten herabdrücken (aus dieser Formulierung spricht die deutsche Sorge vor einem neuen Lohndumping und einer Bedrohung anderer Staaten durch Schleuderkonkurrenz); und schließlich steht der Plan ein System von geschäftlichen und fiskalischen Sicherheitsleistungen für die einmal als nötig anerkannten Reparationen an Stelle der bisherigen unproduktiven, den Wiederaufbau hemmenden Sanktionspolitik.

Das Moratorium, von dem die Rede ist, ist kein eigentlicher Zahlungsausschub, sondern lediglich eine Schonfrist, innerhalb der der wesentliche Teil der Reparationszahlungen aus dem Ertrag der Anleihe, dem der Industrieobligationen und aus dem Verkauf von Aktien der Reichsbahn geleistet werden soll. So sind im ersten Jahre Zahlungen in Höhe von 1000 Millionen Goldmark vorgesehen, von denen 800 Millionen aus einer Auslandsanleihe und 200 aus dem Ertrag der Eisenbahnobligationen aufgebracht werden sollen. Ebenso sollen die 1220 Millionen, die im zweiten Jahre fällig werden, durch Zinszahlungen der Wohnen und der mit einer Pfandhypothek belegten Industrie sowie aus dem erwähnten Aktienverkauf gezahlt werden. Erst in der Uebergangszeit im dritten Jahre sollen die Zahlungen aus Haushaltsmitteln steigen. Im fünften Jahre soll dann hauptsächlich durch stärkere Anspannung von Steuermitteln zu Reparationszahlungen der Betrag von 2500 Millionen Mark erzielt werden, der dann als Normalrate anzusehen ist. Je nach der Besserung der deutschen Wirtschaft, der Steigerung des Außenhandels, der Erhöhung des Konsums und des Güterverkehrs sollen auf diese Normalrate noch Zuschläge erhoben werden können.

Ob die deutschen Reichsfinanzen imstande sein werden, die Normalrate oder gar noch Zuschläge dazu aufzubringen, läßt sich selbstverständlich noch nicht heute übersehen, während Deutschlands Wirtschaft und Finanzen noch zu stark unter dem Eindruck der Inflationskrise stehen. Zudem lassen sich die Wirkungen der Wiederherstellung eines deutschen Kreditwesens im Ausland und der Wirtschaftshoheit im Inland nicht in Zahlen abschätzen. Der Plan der Sachverständigen enthält aber wirksame Sicherungen gegen eine Ueberspannung der deutschen Zahlungskraft. Im Gegensatz zu allen bisherigen Formen der Reparationszahlungen soll nach dem Sachverständigenurteil für die kommenden Leistungen die Zahlung in Devisen nicht mehr vorgeschrieben sein. Es genügt, wenn der deutsche Gegenwert der Rate dem dafür bestimmten Kommissionär der Entente, dem „Agenten für Reparationszahlungen“ übergeben wird. Dieser hat mit einem Oremium von Finanzsachverständigen dafür zu sorgen, daß aus der Uebertragung dieser Zahlungen an die Entente keine Erschütterung der deutschen Währung erfolgt. Träte diese dennoch ein, so wäre die Vorbedingung hinfällig, unter der das Sachverständigenkomitee die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überhaupt anerkannt hat.

Nicht zu verkennen ist, daß eine derartige Regelung auf der Gegenseite Bedenken erregen kann, da es dadurch dem Finanzminister der Entente schwer wird, die zu erwartenden

Beträge aus Reparationszahlungen für den eigenen Haushaltsplan zu veranschlagen. Demgegenüber muß jedoch festgestellt werden, daß der Vorschlag eine gewisse Elastizität zur Anpassung der Höhe der Raten an die tatsächliche Zahlungskraft Deutschlands für unentbehrlich hält.

Zur Wiederaufrichtung der Währung ist die Gründung der Notenbank mit einem Kapital von 400 Millionen Goldmark vorgesehen, von denen 300 Millionen in Deutschland, das übrige im Ausland aufgebracht werden soll. Die gefürchtete Ueberfremdung der deutschen Zentralnotenbank durch Auslandskapital hat man zu vermeiden gesucht, ohne auf eine internationale Kontrolle zu verzichten. Deutsch bleibt der Präsident und das Direktorium. Ueber ihn steht ein paritätisch aus Deutschen und Ausländern zusammengesetzter Generalrat, der aber in der Regel keine Beschlüsse nur mit Zweidrittelmehrheit fassen darf. So ist eine Majorisierung der deutschen Interessen ausgeschlossen. Ein erhöhtes Kontrollrecht hat lediglich der Beauftragte der Gläubigerstaaten bei der Beaufsichtigung der Notenbank.

Als Grundpfeiler der Reparationszahlungen sind anzusehen: die in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln Deutsche Reichsbahn, eine hypothekarische Belastung der Industrie, eine Beförderungsteuer und die Einkünfte der Zölle sowie der indirekten Steuern auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker. Die Privatisierung der Reichsbahn auf Vorschlag der internationalen Sachverständigen ist ein besonderes Verdienst des Reichverbandes der deutschen Industrie, die seit fast drei Jahren öffentlich gleiche Forderungen vertritt. Auch hier kann von einer eigentlichen Internationalisierung nicht die Rede sein. Der Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft und der Vorsitzende des Verwaltungsrates sind deutsch und von den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrates, deren eine Hälfte die Regierung benennt, sind nur vier Ausländer. Die Konstruktion der Aktiengesellschaft ist in mehrfacher Beziehung interessant. Das Aktienkapital soll 15 Milliarden Goldmark betragen, von denen 13,5 Milliarden, nämlich die 13 Milliarden Stammaktien und ein Viertel der zwei Milliarden betragenden Vorzugsaktien dem Reich gehören sollen. Die übrigen 1,5 Milliarden Vorzugsaktien verbleiben der Reichsbahn zur Befriedigung ihres eigenen Finanzbedarfs. An den Reparationszahlungen wird die Reichsbahn durch jährliche fünfprozentige Verzinsung und einprozentige Tilgung von einer Obligationenleihe beteiligt, die insgesamt 11 Milliarden Goldmark beträgt. In den ersten drei Jahren beträgt die Verzinsung einschließlich Tilgung nur 3 bzw. 5 Proz.

Nachdem die Industrie, die jetzt Gelegenheit erhält, sich an der Reichsbahn zu beteiligen, an diesem Punkte ihr Ziel erreicht hat, wird sie nicht umhin können, auch die ihr zugedachte Reparationshypothek in Höhe von 5 Milliarden Goldmark anzuerkennen. Da diese Hypothek zugleich den Handel und den Verkehr erfasst, ist die jährliche Belastung für die Industrie allein durch sie etwas geringer oder annähernd gleich hoch wie die Reparationssumme, die im Industrieangebot vom 25. Mai 1923 der Regierung zur Verfügung gestellt und im Memorandum der Regierung Cuno vom 7. Juni 1923 der Entente unterbreitet worden ist.

Die Belastung der Reichsbahn stellt indirekt eine Belastung des Verbrauches dar. Ebenso wird ein großer Teil der übrigen Reparationszahlungen nach dem Vorschlag der Sachverständigen durch Verbrauchsausgaben sichergestellt. Ob diese Verteilung, die einen schweren Eingriff in die deutsche Souveränität darstellt, sich nach dem Moratorium als zweckmäßig erweisen wird oder nicht, läßt sich heute ebensowenig wie die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands in fünf Jahren überhaupt voraussehen.

Betrachtet man die Vorschläge unter dem Gesichtspunkt, wie sie auf den gegenwärtigen Haushaltsplan wirken würden, so ergibt sich die überraschende Feststellung, daß sie zunächst tatsächlich eine Erleichterung für den Etat des Reiches vorstellen würden. Das Reich müßte nämlich 640 Millionen Mark für Reparationsleistungen vorsehen, davon nicht weniger als 388 Millionen für Besatzungskosten. Da der Reparationsplan der Sachverständigen die Besatzungskosten als Reparationsleistungen ansieht — ein Standpunkt, der von der Regierung immer verfolgt wird und von Rathenau bereits unter der Regierung Birth gegenüber der Reparationskommission durchgesetzt wurde, würden diese Besatzungskosten aus dem Etat gestrichen werden können und damit der vorgesehene Fehlbetrag des Etats von 437 Millionen Mark auf einen winzigen Betrag zusammenschrumpfen. Dasselbe gilt für das nächste Jahr. Inwiefern

Der Kampf im Buchdruckgewerbe.

Wie erinnerlich, schloßen die letzten Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Die Vertreter der Buchdrucker hatten einen Spitzenlohn von 35 M. die Woche verlangt, was die Wiederherstellung des nominalen Vorkriegslohnes bedeutet, obwohl der Reallohn infolge der eingetretenen Teuerung auch damit hinter dem Friedenslohn zurückbleiben würde. Es kommt hinzu, daß vor dem Kriege die Tariflöhne Mindestlöhne waren, die tariflichen Löhne jedoch nicht unerheblich über den Mindestlöhnen lagen.

Nach Ablehnung der Forderung der Buchdrucker wurde ein Schiedspruch gefällt, der einen Spitzenlohn von 30 M. vorsieht. Dieser Schiedspruch ist von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Die Buchdruckerbesitzer haben nun beim Reichsarbeitsminister den Antrag gestellt, den Schiedspruch für allgemein verbindlich zu erklären. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers soll heute gefällt werden.

Inzwischen hat sich die Sachlage jedoch wesentlich verschoben. Die Unternehmer haben sich von vornherein auf Kampf eingestellt und die Parole ausgegeben, keine Reueinstellungen vorzunehmen. Aber die Parole der Organisation ist von den Buchdruckerbesitzern nicht befolgt worden. So sind in Berlin allein in der Woche vom 30. März bis 5. April vom Arbeitsnachweis 321 Buchdrucker angefordert worden. Die Buchdrucker haben ihrerseits in den einzelnen Betrieben in Berlin die Forderung auf Bewilligung der 35 M. gestellt. Trotz der Parole der Unternehmerorganisation ist diese Forderung in einer Reihe von Betrieben bewilligt worden, während eine Anzahl von anderen Betrieben wohl die 35 M. und darüber bis zu 40 M. die Woche zahlen, jedoch schriftlich noch nicht anerkannt haben, sozusagen um sich gegenüber ihrer Organisation zu decken. In einer weiteren Anzahl von Betrieben haben die Buchdrucker infolge Nichtbewilligung gekündigt. Die Kündigungsfrist läuft morgen, Freitag, ab und es ist somit ab Freitag mit der Stilllegung einer größeren Anzahl von Betrieben zu rechnen.

Wehrlich ist der Verkauf der Bewegung im Reich. In den meisten Städten Thüringens sind die Forderungen der Gehilfen bewilligt worden, ja vielfach sind sogar höhere Löhne zugestanden. In Erfurt, wo die große Mehrzahl der Betriebe bewilligt hat, befinden sich die Gehilfen in zwei Betrieben noch im Auslande.

In Halle waren die Gehilfen gleichfalls in den Streik getreten, jedoch haben inzwischen die meisten Geschäfte die Forderung bewilligt. Ueber den Streik in Mainz und Gießen haben wir bereits berichtet. Aus Stuttgart wird uns gemeldet, daß dort die Gehilfen gleichfalls die Lohnforderung gestellt und nach Ab-

rechnung durch die Unternehmer für gestern, Mittwoch, die Arbeitsniederlegung angekündigt haben.

In einer großen Anzahl von Städten haben die Gehilfen nach Ablehnung der Forderung die Kündigung eingereicht, die gleichfalls morgen, Freitag, abläuft, so daß auch hier, wenn die Buchdruckerbesitzer auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren, mit der Stilllegung der Betriebe zu rechnen ist. Das ist in kurzen Zügen die augenblickliche Situation.

Es geht daraus hervor, daß von einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches keine Rede mehr sein kann. In einer ganzen Anzahl von Orten und von Berliner Betrieben ist die Forderung der graphischen Verbände anerkannt worden. Die dort beschäftigten Arbeiter werden bereits nach den neuen Bedingungen bezahlt. In einer weiteren Anzahl von Orten und Berliner Betrieben haben die Buchdrucker ihre Stellung gekündigt. Wenn die Unternehmer auf Anordnung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deren Rundschreiben wir kürzlich veröffentlicht haben, sich zunächst auch weigern, der Forderung der Gehilfen stattzugeben, so werden sie über kurz oder lang gezwungen sein, sich mit der veränderten Sachlage abzufinden.

Die Arbeiterschaft, von deren Lohn heute infolge des Steuerabzuges und der erhöhten Krankentassenbeiträge und der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung wesentlich höhere Abzüge gemacht werden als vor dem Kriege, haben lange genug sich mit unmöglichen Hungerlöhnen begnügt. Nun hat die Konjunktur umgeschlagen. Es geht nicht an, daß man auch jetzt noch die Buchdrucker mit Löhnen abpeist, die ihnen nicht eine menschenwürdige Lebenshaltung gestatten und die weniger als die Hälfte der Löhne der Arbeiter im Auslande betragen.

Einigung in Köln.

Wie wir durch Drahtbericht aus Köln erfahren, fanden dort gestern Verhandlungen vor der Regierung statt. Die Christlichen und die Gutenberghändler hatten den Schiedspruch mit 30 M. und 10 Proz. Befähigungszulage angenommen, der Buchdruckerverband aber den Spruch abgelehnt. Die Orisleitung des Verbandes ersuchte um neue Verhandlungen, die von den Prinzipalen zunächst abgelehnt wurden. Erst nachdem die Hilfsarbeiter sich weigerten, die geforderten Mehrarbeiten zu leisten, erklärten die Prinzipale sich zu Verhandlungen bereit. Für die Zeit vom 29. März bis zum 31. Mai wird ein Spitzenlohn von 36,50 M. gezahlt, der den tariflichen Staffeln unterliegt. Dieser Erfolg ist der Initiative der Kölner Dissoziation des Deutschen Buchdruckerverbandes zu verdanken.

Die Gutenberghändler und die Christen werden hoffentlich nicht nur die ihnen wider Willen zugefallene Lohnerhöhung einstreichen, sondern sich bemühen werden, daß sie hier mal wieder keine feine Rolle gespielt haben.

Gefahr im Berliner Verkehrsgewerbe.

Werden Hochbahn, Straßenbahn und Omnibus stillstehen?

Die in den drei Verkehrsbetrieben Berlins — Hochbahn, Straßenbahn, Omnibus — beschäftigten Bediensteten, Handwerker und Arbeiter unterbreiteten den Direktoren eine einheitliche Lohnforderung. Sie fordern Erhöhung ihrer Löhne um 10, 12 und 15 Pfd. für die Stunde. Die Leitungen der drei Betriebe sind bestrebt, mit allen Mitteln die Löhne ihrer Arbeiterschaft auf das tiefe Niveau der Reichsarbeitslöhne herabzudrücken, das selbst die bürgerliche Regierung Marx, Luther, Stresemann wiederholt in zahlreichen Versammlungen als für den Lebensunterhalt zu niedrig bezeichnet hat. In den Verhandlungen wurde jede Lohnerhöhung abgelehnt. Die Argumentationen sind die gleichen, die von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber in längst bekannten Parolen angeführt wurden, mit denen sich die Arbeiterpresse in den letzten Tagen hinreichend beschäftigt hat.

Zunächst besaßte sich eine Sonderkommission im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin mit der Lohnforderung im Hochbahnbetriebe. Der Spruch, der gefällt wurde, besaß, daß den Handwerkern eine Aufbesserung von 5 Pfd., den Angestellten von 4 Pfd. und allen übrigen Beschäftigten von 3 Pfd. zugestanden werden soll. Die Sozialjuristen werden nicht erhört, die Zuschläge für Nachtarbeit abgelehnt.

Die Funktionäre der Hochbahnbetriebe haben diesen Spruch nicht für wert befunden, ihn der Gesamtarbeiterschaft zur Entscheidung vorzulegen. Sie haben ihn aus eigener Initiative abgelehnt. Die vollständig ungenügende Aufbesserung der Löhne, die der Spruch den Arbeitern im Hochbahnbetriebe bringt und kein Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung ist, wird von den Leitungen des Omnibusbetriebes und der Straßenbahn nicht einmal anerkannt. Die unverständlich lange Arbeitszeit, die niedrigen Löhne und die Haltung der Leitungen der drei Unternehmen haben dazu beigetragen, daß die Erregungen und Empörungen in den Belegschaften den Höhepunkt erreicht haben und nun jeden Augenblick die Dämme durchbrechen können.

Die Funktionäre haben deshalb die Gewerkschaften beauftragt, alle weiteren Schritte zur Durchführung ihrer Forderung zu ergreifen. Zunächst ist die führende Organisation, der Deutsche

Verkehrsbund, beauftragt worden, eine Vollversammlung zu morgen, Freitag, abends 7 Uhr, im Lehrerdereinsbau, Alexanderplatz, einzuberufen. Es soll ein Bericht gegeben und evtl. weitere Schritte beschlossen werden.

Zum Streik im Stink- und Gipssbau.

Die streikenden Studateure und Gipsschneiderarbeiter hielten am Dienstag ihre erste Streikversammlung ab. Wohl selten ist ein Streik mit einmütiger Kampfesstimmung begonnen worden als dieser. Das machtvollere Unternehmertum hat seit langer Zeit die Verbitterung in unsere Reihen getragen. Fast 11 Wochen brauchten die Arbeitgeber dazu, ihre Änderungsanträge zustande zu bringen. Weitere acht Tage, um sich über unsere Stellungnahme dazu zu beraten. Erst nachdem sie mit der Einberufung einer Mitgliederversammlung am 31. März, abends 6 1/2 Uhr, vertraut gemacht waren, zeigten sie sich bereit, um 5 Uhr deselben Tages zu verhandeln. In einem Rundschreiben an die Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte wie auch in sonstigen Auslassungen versuchten diese Herren die Dinge so darzustellen, als sei der Streik vom Jaune gedreht. Bereits seit Wochen vor Ablauf des bisherigen Tarifs lehnten verschiedene größere Firmen die rechtlich bestehenden Ferien ab. Herr Bunt, Vertreter des Verbandes der Baugeschäfte, sprach in der Sitzung am 20. März von einer „trostlosen Lage des Gewerbes“. Schade, daß wir nicht ein Gruppenbild der größtenteils recht wohlgenährten Unternehmertariffkommission beifügen können. Aber auch die Riesengewinne, Geschäftsergrößerungen, Vermehrungen des Pferdebestandes, der Autos und dergleichen mehr lassen von Trostlosigkeit auf Unternehmerseite nichts merken. Um so weniger kann von den trostlosen Lage befindlichen Arbeitern, die während der Inflation leer ausgingen, die sich weder fassen noch notwendige Kleidung ergäßen konnten, gefordert werden, auf die Lage der armen Unternehmer Rücksicht zu nehmen. Die Herren folgen der Mode und fordern Arbeitszeitverlängerung, Lohnerabsetzung, Ferienseitigung, unbegrenzte Behringsausbeutung, willkürliche Affordarbeit, Arbeitsnachweis, Verschlechterung und dergleichen mehr. Die Herren bestanden auf ihrem Schein und wollten in keinem Punkte nachgeben. Sie sind es in Wirklichkeit, die den Arbeitsfrieden gestört haben.

Der Kampf wird geschlossen und mit aller Energie geführt. Alle Versuche, Streikarbeiten zu verrichten, werden an der Regsamkeit unserer Kollegen sowie an der Solidarität aller anderen Berufsgruppen gescheitern!

Achtstundentag des Bergarbeiters.

Waldenburg, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Auch im schlesischen Steinkohlenbergbau gehen die Arbeiter jetzt dazu über, durch Diktat die Vorkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantworteten diesen Schritt des Grubenunternehmens mit dem, daß sie nach achtstündiger Arbeitszeit die Betriebe verließen. Daraufhin gingen die Grubenbesitzer dazu über, die am Achtstundentag feierhaltenden Arbeiter auszusperren und versuchten jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands „Arbeitswillige“ heranzuziehen. In die Arbeiterchaft der übrigen Kohlen- und Industriebezirke ergeht daher die Bitte, sich nicht zu dieser Streikbrecherarbeit anwerben zu lassen, sondern jeden Zuzug nach Waldenburg (Niederschlesien) fernzuhalten und zu unterbinden.

Der Achtstundentag in Polen bleibt!

Aus Warschau wird uns berichtet: Die Delegation des schlesischen Hüttenverbandes, welche anlässlich der Krise in der Bergwerkindustrie vom Ministerpräsidenten Grabstki empfangen wurde, verlangte die Verlängerung des Achtstundentages. Grabstki erklärte, daß die polnische Regierung unbedingt auf dem Standpunkt des Achtstundentages beharre.

Gewerkschaftsdisziplin in England.

London, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) In dem Bestreben, die am Mittwoch zu erwartende Kusperrung der englischen Werftarbeiter zu vermeiden, hat die Gewerkschaft der Hafendarbeiter 1000 ihrer Mitglieder in Southampton, auf deren Widerspenstigkeit und Disziplinlosigkeit die gegenwärtige Krise zurückzuführen ist, aus der Organisation ausgeschlossen.

Achtung, Bauarbeiter! Der Streik der Parkettbodenleger ist beendet.

Metallarbeiter! Wegen Lohnunterschieden ist die Belegschaft der Firma Glaser u. Pfau, Ritterstr. 11, in den Streik getreten. Trotz der friedlichen Einstellung der Belegschaft hat sich die Firma auf einen scharf ablehnenden Standpunkt gestellt, so daß der Belegschaft nichts weiter übrig blieb, geschlossen den Betrieb zu verlassen. Die Belegschaft bittet die Berliner Arbeiterchaft um Solidarität.

Bei der „Baupa“, Raumschiff A.-G., Friedrichstraße 61, sind gestern 11 von 15 Beschäftigten in den Streik getreten. Die Firma kündigte den Tarif bezüglich der Bezahlung der Wegzeiten und sperrte auch sofort die entsprechenden Entschädigungen. Auch die geforderten Lohnerhöhungen auf die bis 38 Pfd. heruntergehenden Löhne wurden nicht bewilligt. Die Elektromonteur werden erjudt, Solidarität zu üben.

Zur Seemannsbewegung ist mitzuteilen, daß entsprechend den Bestimmungen der Satzungen des Verkehrsverbundes durch die inzwischen erfolgte Abstimmung der organisierten Seeleute in den Hafenstädten der vom Reichsarbeitsministerium gefällte Spruch angenommen worden ist.

In Mannheim wurde der Betrieb von Heinrich Lang geschlossen und die 5000 Arbeiter sind ausgesperrt. Infolge von Lohnunterschieden kam es zu passiver Resistenz, nachdem die Verhandlungen ergebnislos blieben. Die Stadtverwaltung bemühte sich um eine Einigung, da sonst auch die übrigen Betriebe der Mannheimer Metallindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten! Morgen, Freitag, nachts 1 Uhr, große öffentliche Versammlung in den „Kaufer-Gebäuden“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Tagesordnung: Die kommenden Reichstagswahlen. Redner: Reichstagsabgeordneter Kuhnert. Als im Schwitzgewerbe tätigen Angestellten sind freundlich eingeladen.

Achtung, AEG, Kabelwerk, Transformatorfabrik und AEG. Morgen, Freitag, nachmittags 4 Uhr, in der Schule Riechbühnenstraße, Berliner Str., Versammlung aller AEG-Gewerkschaften. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Franz Kuhnert über: Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. 2. Ansprache. Symphonisierende sind eingeladen. Der Fractionsvorstand.

Deutscher Verkehrsbund, Abteilung Straßen- und Kleinbahnen. Morgen, Freitag, abends 7 Uhr, im Lehrervereinsbau, Alexanderplatz (ehemaliger Saal), Vollversammlung aller in den Berliner Verkehrsbetrieben Beschäftigten Straßenbahner, Hochbahner und Omnibusbediensteten. Tagesordnung: „Wirklichkeit und Zukunft in den drei Verkehrsbetrieben.“ Gütlich für einen Massenbesuch! Rein dienstlicher Charakter darf nicht sein!

Achtung, Deutsche Werkstätten! Wir Streikende und Aussperrte! Zahlung morgen, Freitag, von 12-1 Uhr. Um 3 Uhr Betriebsversammlung in Spandau, Reus Well, Kullerhöfen Str. Alle haben zu erscheinen.

Achtung, U.S.P. Metallarbeiter! Heute abends 7 Uhr in den Sophienhallen, Sophienstr. 17/18, Versammlung aller U.S.P. Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Viktor Giffelsen über: „Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.“ 2. Ansprache von Wilmmerich. Alle Betriebe, besonders kleine und Mittelbetriebe, müssen vertreten sein. Parteianwarts legitimiert. Der Fractionsvorstand.

Verantwortlich für Vollst.: Ernst Krater; Wirtschaft: Viktor Giffelsen; Gewerkschaftsbewegung: A. Giffelsen; Kultur: Dr. Jahn; Schilffeld; Sozialer und Fortschritt: Fritz Kuhnert; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. u. L. D., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 62, Lindenstraße 2, Stern 2 Verlag.

Sophien-Säle Sophienstraße 18
Säle frei + Nrd. 9296



Die beste Reklame

ist die Empfehlung von Mund zu Mund.
Die kleine Massary Zigarette, die dank der vorzüglichen Tabakmischungen ein köstliches Aroma ihr eigen nennt wird darum mit Recht
Berlins populärste Zigarettenmarke genannt

Urteilen Sie selbst!

Kleine Massary 2-3

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Barbiere von Sevilla
Opernhaus am Königplatz
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly
Schauspielhaus
8 Uhr: Nibelungen
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Mäna von Barahelm
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Der Graf von Charolais
Kammerspiele
8 Uhr: Vom andern Ufer
Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Boccaccio
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Wenn der neue Wein blüht
Komödienhaus
8 Uhr: Zwei um eine
Berliner Theater
7 30 Uhr: Das Weib im Purpur
Theater am Kollendorfsplatz
7 30 Uhr: Die Perlen d. Cleopatra
Th. im Admiralspalast
Abendlich 7 1/2 Uhr: Drunter und drüber
Die Weltensensation: D. Wund. d. Schatten
Deutsch-Opernhaus
7 1/2 Uhr: Tiefland
Beisinger, Kandl, Papsdorf, Werner, Pola, Fassbender
Intimes Theater
8 Uhr: Cröpe Georgette usw.
Lustspielhaus
Eröffnung der Lustspiel-Saison
7 1/2 Uhr: Uraufführung
Der scharfe Löwe
Karlheinz Löwe in 3 Akten von Heinz Dittstein
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Karneval der Liebe von Walt Bromme
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr: LILLY FLOHR in Meine Tochter Otto
Theater i. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: Das Radiomodel
Kurt Vespermann
Edith Karin
Wallner-Theater
8 Uhr: Mad. Phraao
Erstklassige Preise!
Kleines Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die Gogonkandidaten
Komödie v. L. Fuida
Trilsson-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die nackte Tänzerin
Lustsp. v. R. Lothar
Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Die junge Welt.
Ab Freitag, d. 11. cr.
Hinkemann
Tragödie in 3 Akten von Ernst Toller
Theater a. Kottbus. Tor
Kottbusers Str. 8
Heute 8 Uhr a. Sonntags nachmittags 5 Uhr:
Elie-Sänger
in neuer Besetzung!
Dazu: Gastspiel
Alex Stamer
der unkm. Sachsen.

URANIA TAUBEN-STR. 48/49

Im Theater: Am 9. April (5 u. 7 Uhr), am 10. April um 5, 7 und 9 Uhr auf vielfachen Wunsch!

NANUK

Ein Natur- und Kulturdokument aus dem Eskimoland. Einzelt. Vortrag: Dr. v. Lessel, Dir. der Urania. Der Film wird von klassischer Musik begleitet. — Jugendliche zugelassen

Gesichts-ausschlag

Widder, Flechten, Beriberi, Nerven, verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizin-Salbe abends eintrudeln läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zucker-Creme nachstreichen. Grobhartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Feilwarengeschäften erhältlich.

Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

HALPAUS-RARITÄT Die Qualitäts-Cigaretten

KOMISCHE OPER
Direktion: James Klein
7 Uhr Dienstag, den 15. April 1924: 7 Uhr
Die tanzende Prinzessin
Operette in 3 Akten v. Richard Keßler / Gesangstexte v. Willi Kollo
Musik von Walter Kollo
Inszenierung: Herrn. Felner / Musik: Armin Seiffers/Wulk. Bühnen: Artur Guttman
Hauptdarsteller:
Grete Freund / Paul Heldemann / Oera Hrach / Siegfried Arno
Ernst Behmer / Wilh. Chandon / Erich Poremski
Der Vorverkauf an den bekannten Stellen hat begonnen. Die Theaterkasse ist ununterbrochen geöffnet.
Sonntags 2 Vorstellungen: 4 Uhr, nachm. u. 8 Uhr, abds.

Die große Wäsche
Spezialverkauf von Waschgeräten
Waschmaschinen versinkt Voll dampf . M. 49⁰⁰
Tischwäscherollen 55 cm Walzenlänge M. 50⁰⁰
Gestellrollen 3 Walzen M. 110.—, 2 Walzen M. 98⁰⁰
Wringmaschinen M. 22.00, 20⁰⁰
Waschfässer aus starkem Zink . M. 22.00, 17⁰⁰
Plättbretter, Wäscheleinen
und alle sonstigen Wäsche-Utenilien zu billigen Preisen
P. Raddatz & Co.
Leipziger Straße 122/123.

GANZ BESONDERES
PREISWERTES ANGEBOT
in FRÜHJAHR'S-MÄNTELN
1950
2450
2950
3900
MAASSEN
LEIPZIGER STR. 42 / ORANIENSTR. 165
Ecke Markgrafenstrasse Am Oranienplatz

Zirkus Taraselli Holzgebäude Hermannplatz
Eingang Urbanstraße
Gastspiel des schwedischen Zirkus **Adolfi** Stockholm
Täglich 8 Uhr abends: Das Aufsehen erregende Weltprogramm, von dem wirklich ganz Berlin spricht, ein Zirkusprogramm, an den Namen Rent erinnert. Ein Schlagerprogramm, welches kein Zirkus seit Jahren geboten hat; die täglich vollen Häuser bürgen für die Leistungen. — U. a. 1. Das edelste und schönste Pferdmaterial / Direktor Adolfis 18er-Zug ist der Gipfel aller Dressuren / Die besten Clowns der Welt / Rellerfamilie Arizoni zum ersten Male in Deutschland / Familie Price, die lustigen Schweden. Volksübliche Preise.
Sonntags 2 Vorstellungen: 4 Uhr, nachm. u. 8 Uhr, abds. Kinder nachmittags halbe Preise

Am 7. April verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser bergener Vater, Schwager, Onkel
Theodor Huf
geb. 1848 in der Nordb. Buchdr. Vereinsvorstand der „Typographia“
Dies zeigt im Rahmen der betrübten Hinterbliebenen an
Herrn. Berta Huf geb. Lindemann.
Die Trauerfeier findet am 12. d. M. um 6 Uhr nachmittags in der Halle des Anatomischen Gerichtsstrasse statt. Wir bitten, von Kranzpenden Abstand zu nehmen.
37008

Theater
Folies Caprice
Täglich 8 Uhr
Onkel Cohn
Schw. v. Reiffingen mit Max Samsl
Walhalla
Theater Weinbergsweg
15 weltattraktionen

Casino-Theater
Lothringer Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Trotz d. gr. Erfolges nur noch b. 17. April
Die Mail vom Stelohof
Ihre Inszenierung von 1. Mal: Pummels Martha hat. Vollständig in 1. Aufg.

Z. S. Z. Z. Z.
Friedrichstr. 60
Ecke Leipziger Str.
Variété / Kabarett
4 1/2 u. 7 1/2 Uhr
Das neue gr. Progr. der Ereignisse

Am 7. April 1924 verschied der Ehrenvorsitzende d. „Typographia“
Theodor Huf
Fast 23 Jahre habe ich mit dem Heimgegangenen Freude und Leid des Vereins geteilt und bin ihm in treuer Freundschaft verbunden gewesen. Das Andenken des treulichen, aufrichtigen Mannes wird immer in mir fortleben.
Alexander Weinbaum.

Reichshallen-Theater
Täglich 8 Uhr, Sonnt. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Komponisten im Orchester
Dönhoff-Brettel
Anfang 8 Uhr
Jeden 1. u. 16. neues Programm!

BLUTARMEN- u. KRANKEN ärztlich empfohlen
FRONTSÜSSER
Stärkungs-Wein
Santa Lucia
Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessgeschäften.

Anlässlich der Einbürgerung meines lieben Mannes, unseres Vaters und Großvaters
Oskar Mahle
Spreche in allen Kreisen und Bekannten, insbesondere den Kollegen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem Wahlverein Eichwalde, sowie der Gemeindevertretung Eichwalde meinen herzlichsten Dank aus.
Berta Mahle nebst Kindern.
Eichwalde bei Berlin, Rönigkestr. 52.
Kapitän-Kaufabak
ausserlich im Wohlgeschmack. Nur echt mit Firmenstempel! In den meisten Geschäften käuflich. Für Wiederverkäufer durch C. Röcker, Belle, Lübbensweg 22 (Tel. 1861).

SCALA
Täglich 8 Uhr:
Schatten-Wunder
und
Ausland-Sensationen
Interaktion.
Variété

Täglich 8 Uhr:
Kammer-Oper Lützow str. 112
Regie: Dr. Georg Bräuer — Mus. Leit.: Dr. Ludwig Witt.
Täglich wechselnder Spielplan!
Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Boris Godunow

Rennen zu Karlshorst
Donnerstag, 10. April. nachm. 3 Uhr
Rosenberg-Jagdrennen
Fahrplan der Sonderzüge:
Charlottenburg . . . ab 11.15 11.45 12.25
Zoolog. Garten . . . ab 11.15 11.45 12.25
Friedrichstraße . . . ab 11.15 11.45 12.25
Alexanderplatz . . . ab 11.15 11.45 12.25
Schles. Bahnhof . . . ab 11.15 11.45 12.25
Karlshorst . . . an 11.25 12.05 12.45

WIEN-BERLIN
Jägerstr. 63.
ANFANG
8 UHR
Das größte Programm!
10 Schlager
Sonnabend- u. Nachmittags-Vorstellung
Sonnab. u. 6. Nachmittags-Vorstellung
Die bekannte warme und kalte Küche.
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Marken-Zigaretten
billig bei
Herschdörfer
Rosenfelder Str. 50.

Ein grauer Hops
macht 10 Jahre älter! Graue Haare erhalten die frühere Farbe wieder durch „Aicolor“
In allen Farben
Fl. 20, 37, 5, 50.
In Droge. sonst bei
Otto Reichel,
Berlin 43 60,
Eisenbahnstraße 4

Guten und billigen Kaffee
möchten Sie, geehrte Hausfrau, stets Ihren Lieben vorsetzen. Dies erreichen Sie mit „Quieta“, der in alter guter Friedensqualität anerkannt vorzüglichem Wohlgeschmack besitzt und in Billigkeit unübertroffen ist.
1 Liter kostet nur.
Quieta* Grün ohne Bohnenkaffee 1 Pfg.
Quieta* Rot mit 10% Bohnenkaffee 2 1/4 Pfg.
Quieta* Gelb mit 25% Bohnenkaffee 3 1/4 Pfg.
Quieta* Gold mit 40% Bohnenkaffee 7 Pfg.
Bitte versuchen Sie einmal, für 3 oder 7 Pfennige reinen Bohnenkaffee mit 1 Liter Wasser zu kochen und vergleichen Sie damit „Quieta“ Gold oder Gelb.
Jede Hausfrau wird „Quieta“ den Vorzug geben.
Dabei ist „Quieta“ laut zahlreichen ärztlichen Anerkennungen (not. begl.) nicht nur Gesunden, sondern auch Kranken bekömmlich. Insgesamt ca. 300 000 Anerkennungen (notariell beglaubigt).
In der Tat — Delikat!

Ihre Stimme
Der Ihr Vorteil: Der Unser: Der Sie.
Vormittags-Einkauf! Bestreber: sachlich bedient!

Damen-Halbschuhe R.-Chev. Kurze modeme Form, Lackkappe, sehr vorteilhaftes Angebot **6⁹⁰**

Braune Damen-Halbschuhe Original, Goodyear-Welt* besonders billig **10⁸⁰**

Braune Herren-Halbschuhe Ia. Box calf, elegante, spitze Form **14⁹⁰**

Braune Herren-Stiefel R.-Box., Ia. Fabrikat Gelegenheits-Angebot **15⁵⁰**

Aronstein
JOACHIMSTHALERSTR. 6 • WILMERSDORFERSTR. 57 • TURMSTR. 58
LEIPZIGERSTR. 91 HOF • BELLE-ALLIANCESTR. 104 • ANDREASSTR. 58/59
KÖNIGSBERGERSTR. 3 • FRANKFURTER ALLEE 98

Deutsche Justiz-Bilanz.

Von Prof. Dr. Gustav Radbruch.

Schwerere Erschütterungen hat unser Glaube an die Justiz nie erlitten als in diesen Wochen. Die Tatsachen sprechen laut.

Das Münchener Urteil: Ludendorff freigesprochen, weil er mitten im dicksten Hochverrat von Hochverrat nichts gemerkt hat! Ihm selbst wird das zu bunt: er wirft zum Dank für diesen seltsamen Freispruch dem Gericht seine Verachtung ins Gesicht.

Hitler und drei Mitschuldige zu fünf Jahren Festung verurteilt. Zu fünf Jahren Festung immerhin, genau wie Jagow für seine Beteiligung am Kapp-Putsch? Ach nein, in Wahrheit zu sechs Monaten — nach ihrer Verbüßung soll Strafaussetzung, Bewährungsfrist, Strafurlaub eintreten.

Der Rest freigesprochen. Kahr, Löffow, Seißer überhaupt nicht angeklagt, als aber doch schließlich, widerwillig genug, ein Ermittlungsverfahren gegen sie eröffnet wird, nicht gehindert, eine Erholungsreise nach dem sonnigen Süden anzutreten.

Ob sie dort ein gerühmtes Wiedersehen mit Ehrhardt feiern werden? Der durfte, wegen Hochverrats, wegen Eidverbrechens verfolgt, aus der Untersuchungshaft des Staatsgerichtshofs entsprungen unter den Augen der bayerischen Behörden in München weilen, ja an einer Sitzung teilnehmen, bei der auch das bayerische Justizministerium vertreten war, durfte, als das Gericht genötigt wurde, sich für ihn zu interessieren, schleunigst wieder verschwinden, wohl auch nach dem sonnigen Süden. Und mit Rothbach war es nicht viel anders.

Sodann das Verfahren des Münchener Volksgerichts. Die Prozeßleitung scharf nur, wenn es gilt, Kahr und Genossen zu decken, unendlich nachsichtig, wenn Reichsverfassung und Reichspräsident immer wieder gräßlich verunglimpft werden. Jeden Augenblick fällt die Tür tragend ins Schloß, bald ist es der Staatsanwalt, bald der Zeuge Löffow, der nicht mehr mißspielt, und es bleibt unverwundet, diesem widerspenstigen Zeugen gegenüber die Autorität des Gerichts durchzusetzen. Dagegen bleibt den Vertretern des Reichswehrministeriums die Tür verschlossen, weil sie sich in geheimer Sitzung über verfassungswidrige Verfehlungen junger Offiziere zu genau unterrichten könnten. Auf den Zuhörerbänken aber gibt eine mit den Angeklagten sympathisierende Menge ihrem Beifall und Mißfallen lauten Ausdruck. Es ist wie in alten Zeiten, da nicht der Richter, sondern der „Umstand“ das Urteil findet.

Man sollte die Strafe weniger und mehr die Geschichte fürchten. In diesem Sommer wird der Dichter Ernst Lohse die fünf Jahre seiner Festungshaft verbüßt haben. Man wird ihm nicht einen Tag schenken. Und man wird Erich Mühsam in Niederschönenfeld weitere Jahre schmachten, alt und krank werden lassen, wenn der ungleich schuldigere Hitler sich längst wieder seiner Freiheit freuen wird.

Zum Gutachten über das Fehrenbach-Urteil aber ist das Gericht berufen, dem Böhrer und v. d. Bfordien als Richter angehört. Es hat sein Gutachten bereits abgegeben: an dem Urteil gegen Fehrenbach ist vom Rechtsstandpunkt nichts auszufehen; die Verjährung, die sogar der Reichsjustizminister Dr. Heinze anerkannt hatte, wird gelehnet. Ginge es nach dem bayerischen Obersten Landesgericht, so würde auch Fehrenbach weitere Jahre im Zuchthaus schmachten müssen.

Schon sind neue Landesverratsprozesse im Anzug. Dieselbe Münchener Staatsanwaltschaft, die Kahr, Löffow, Seißer frei umhergehen und umherreisen läßt, hat Quide wegen Landesverrats festnehmen lassen. Erst durch das Eingreifen der Reichsanwaltschaft scheint die Freilassung erfolgt zu sein. „Landesverrat begeht nicht, wer gesetzwidrige Zustände bekennt, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden zu veranlassen.“ Man sollte denken, dieser Satz sei selbstverständlich; weil er aber für die Rechtsprechung leider nicht selbstverständlich ist, dürfen unsere Genossen im neuen Reichstag nicht ruhen, bis sie ihn in das Strafgesetzbuch hineingebracht haben.

Auch gegen Zeigner soll ein Landesverratsverfahren eröffnet worden sein, auf Veranlassung desselben Rechtsanwalts Melzer, der auch den Bestechungsprozeß ins Rollen brachte. Was ist in diesem Prozeß von seinen Beschuldigungen übriggeblieben? Durch eine Unbedachtsamkeit, durch brutale Vergewaltigung und durch die Unfestigkeit seines eigenen Willens ist Zeigner schicksalhaft in ein Netz von Unrichtigkeiten verstrickt worden. Unrichtigkeiten — nicht Unredlichkeiten. Und doch drei Jahre Gefängnis und doch Ehrverlust! In der Begründung aber, recht unerblickt, ein Hieb gegen das neue System, das unerprobte Leute unversehens auf wichtige Plätze bringe, im Vorverfahren das schwach abgelehnte Wort eines Staatsanwalts vom Heimzahlen für den verurteilten Republikanischen Richterbund und zu Beginn der ganzen Aktion eine breite und absichtsvolle Pressevorbereitung.

Und wiederum ein Gegendispiel: ein gewisser Gasser hat den Reichspräsidenten des Landesverrats bezichtigt. Die Untersuchung vor dem bayerischen Gericht zieht sich endlos hin, bis schließlich der Reichspräsident, wider den Sinn der Strafprozeßordnung zum persönlichen Erscheinen vor dem Gericht geladen, angesichts eines Verfahrens, das der Rechtsverweigerung nahekommt, den Strafantrag zurückzieht. Trotz seines großen Einflusses in Bayern war offenbar der Reichsjustizminister infolge der Zuständigkeit der Landesjustizverwaltung und der Unabhängigkeit der Gerichte nicht in der Lage gewesen, dem Reichspräsidenten zu seinem Rechte zu verhelfen.

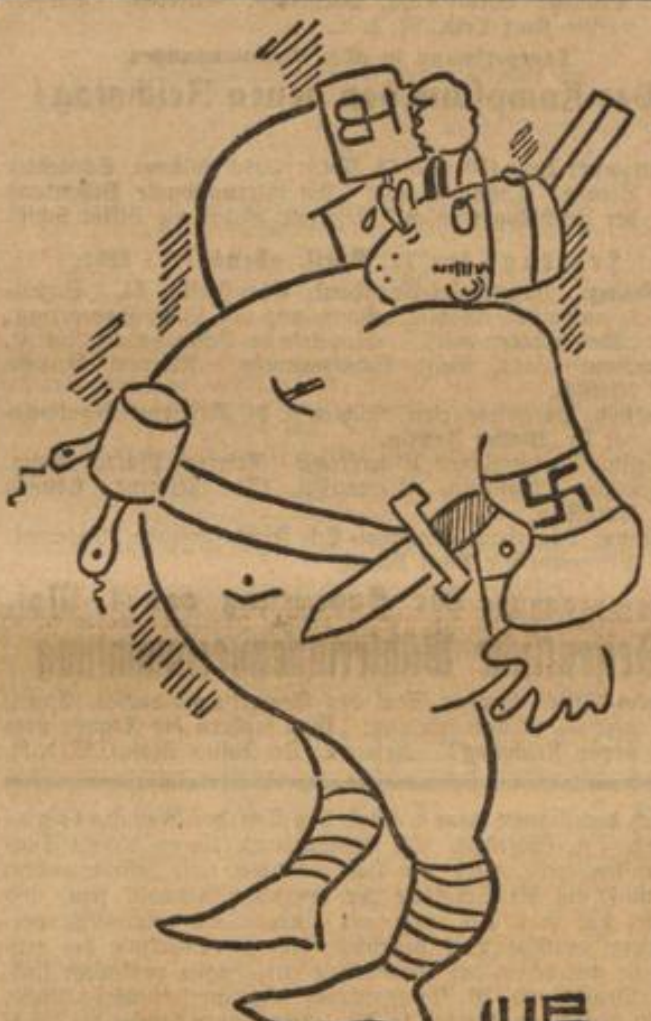
Aber ein anderes muß dem Reichsjustizminister Emminger zum Vorwurf gemacht werden: es ist nicht bekannt geworden, daß er auch nur versucht hätte, die unbezweifelte Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für den Hitler-Prozeß in Bayern gegenüber zur Geltung zu bringen. Oder hält er etwa die Auserkennung der Republikshutgehe in Bayern für rechtsgültig und geeignet, die Zuständigkeit des Münchener Volksgerichts für den Hitler-Prozeß zu begründen?

Auch gegen den Versuch Bayerns, die weiteren Verfahren wegen des Novemberputsches dem Staatsgerichtshof zu entziehen, gegen die Aufrechterhaltung des Volks-

gerichts München über den 1. April hinaus, gegen den Bruch des feierlichen Versprechens der bayerischen Regierung, gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der neuen Strafgerichtsverfassung die Volksgerichte aufzuheben, hat Herr Emminger offenbar nichts unternommen. Oder vielmehr: er hat darauf geantwortet, indem er gemeinsam mit dem Reichsinnenminister Jarres die Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik beim Reichskabinett beantragt hat.

Gerade das Gericht, das sich durch seine untadelhaft unparteiliche Rechtsprechung in hochpolitischen Prozessen (gegen rechts wie gegen links) das Vertrauen weiler Volkstreu erworbene hat, soll abgebaut werden, gerade das Gericht, dessen Zusammenlegung für eine umfassende Neuordnung der Strafgerichte vorbildlich sein könnte. Denn eine unparteiliche Rechtsprechung in politischen Prozessen erreicht man nicht, indem man vor der politischen Einstellung der Richter einfach die Augen schließt, sondern nur, indem man sie beachtet und die verschiedenen politischen Einstellungen gleichmäßig berücksichtigt.

Es bleibt ein Rätsel, wie diejenigen bürgerlichen Parteien, die im Juli 1922 den Staatsgerichtshof selbst errichten halfen, ihren nunmehr veränderten Standpunkt, ihre Zustimmung zum Abbau des Staatsgerichtshofs rechtfertigen wollen, rätsel-



Nach der Wahl in München. Alois Hinterstoisner, völkischer Agitator, verzieht sich mit giftigen Waffen für neue Heidentaten.

hafter aber noch, wie sich das derzeitige Kabinett die Zusammenlegung einer Regierung denkt, die den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Staatsgerichtshofs dem neuen Reichstag vorlegen soll. Daß an einer solchen Regierung Sozialdemokraten teilnehmen könnten, vermag ich mir nicht vorzustellen.

Die Last, welche die letzten Wochen dem Rechtsgefühl des deutschen Volkes aufgebürdet haben, geht fast über seine Tragfähigkeit, zumal da sie zu alten Lasten hinzukommt. Im Jahre 1921 erschien die Broschüre „Zwei Jahre Nord“ von E. J. Gumbel. Sie gipfelte in der erschütternden Behauptung, daß von den seit 1919 begangenen 314 politischen Morden an linksstehenden Personen 282 völlig ungeführt geblieben seien, während von den 15 politischen Morden an rechtsstehenden 13 ganz oder doch teilweise geführt wurden.

Ich überreichte damals die Broschüre vor versammeltem Reichstag dem Reichsjustizminister Dr. Schiffer und forderte ihn auf, in einer Denkschrift dazu Stellung zu nehmen. Diese Denkschrift ist endlich im November 1923 dem Reichstag zugegangen, aber bisher nicht veröffentlicht worden. Gumbel hat („Vorwärts“ vom 14. Februar 1924) ihr Ergebnis so zusammengefaßt: „Wort für Wort bestätigen die Justizminister meine Behauptungen, die Morde werden zugegeben, straflos laufen die Täter herum.“

Der Deutsche Richterbund hat kürzlich (mit vollem Recht) als eine Kulturschande, als eine Beschimpfung des Rechtsgedankens die Verhaftung deutscher Justizbeamten bezeichnet, mit dem Frankreich die Freilassung eines vom Reichsgericht wegen Spionage verurteilten französischen Kapitäns zu erzwingen versucht. Ich erwarte, daß er es diesmal nicht dem Republikanischen Richterbund überlassen wird, in ähnlich scharfen Worten gegen das Münchener Urteil zu protestieren, daß er sich auch nicht der Pflicht entziehen wird, zu der Denkschrift über die Gumbel-Broschüre Stellung zu nehmen. Nur durch eine deutliche Zurückweisung offenbaren Unrechts kann die Justiz sich das Vertrauen weiler Volkstreu erhalten und verhüten, daß von dem zwar wichtigen, aber schmalen Felde der politischen Justiz aus unverdientes Mißtrauen das ganze, mit Hingabe und Erfolg angebaute Gefilde der Straf- und Ziviljustiz überflute.

Gegen die Schmach

der zuchthausdrohenden Landesverratsanklagen wider Zeitungen, die die straffreie Selbstbewaffnung von Raub- und Mordgefinde feststellen, gilt es nicht nur zu protestieren, sondern auch eine Gesetzesänderung zu sichern, die diese Schmach beendet und vom deutschen Namen tilgt. Auch darum

wählt sozialdemokratisch!

Agrarische Talmudisten.

Im linksbürgerlichen Pariser „Deuvre“ vom 6. April hatte Robert de Jouvenel, ein Bruder des neuen Ministers, dr aber bekanntlich zu den schärfsten Kritikern Poincarés und der aber bekanntlich zu den schärfsten Kritikern Poincarés und Parteien polemisiert, die mit dem Argument der wachsenden nationalstaatlichen Welle in Deutschland operieren, um die eigenen Wahlausichten zu bessern. Er hatte dem Sinne nach ausgeführt: „Wenn Ihr, vom Nationalen Bloß, davon redet, daß die nationalstaatliche Gefahr in Deutschland seit der Ruhrbefehung stärker geworden ist, dann um so schlimmer für Euch und Eure Politik.“

Um den telegraphischen Auszug dieses Artikels knüpfte nun die „Deutsche Tageszeitung“ einen höchst eigentümlichen Kommentar. Sie argumentiert folgendermaßen: Wenn das Anwachsen der nationalstaatlichen Welle in Deutschland zu einem Angriffspunkt der Gegner Poincarés gegen die Ruhrbefehung geworden ist, dann soll das deutsche Volk erst recht nationalstaatlich wählen, denn damit wird „in Frankreich die agitatorische Kraft der Richtung gestärkt, die Poincarés Ruhrpolitik als gefährlich bekämpft!“ Der Schöpfer dieser tiefinnigen Deduktion scheint der Sprößling einer Mischehe zu sein zwischen einem Jesuitenpater und einem Talmudgelehrten.

Da sich aber die „Deutsche Tageszeitung“ nun einmal auf das Blatt „Deuvre“ beruft, wollen wir ihr folgende Stellen eines Artikels von Gustave Lévy vorhalten, der in der gleichen Nummer vom 6. April neben dem zitierten Aufsatz Jouvenels erschienen ist:

„Wer sind die Urheber des Krieges? Nicht die Völker sind es, die ihn gewollt haben. Diejenigen, die ihn wollten und die schließlich erreichten, daß er ausbrach, das sind, in allen Ländern, die gleichen Männer, die gleichen Sündetäter, die zum absoluten Grundfah die Behauptung erheben, daß die Beziehungen zwischen Nationen durch die Gewalt bestimmt werden, und daß es keine andere Gewalt gebe, als die militärische. Es gibt noch genug Schurken und Idioten, die dieses abgehäufte Vorurteil nähren, aber, gleichviel, ob dies aus echter kriegerischer Gesinnung oder in Wirklichkeit nur aus Gewinnsucht oder Dummheit geschieht, so ist es leicht, dieses Spiel aufzudecken und sie zur Ohnmacht und zum Schweigen zu zwingen — wenn sich nur die Völker, diese ewig Genarrten, planmäßig gegen diesen Schwindel zu wehren beginnen. Hier und dort, beiderseits des Rheins, mögen zwar diese Lügner in verschiedenen Sprachen reden — es ist dieselbe Lüge, es sind dieselben Nationalisten, dieselben falschen Patrioten, die eines Ormechels bedürfen, um ihre Macht zu behaupten und ihre Ausbeutung fortzusetzen.“

Nun mag sich die „Deutsche Tageszeitung“ weiter auf den „Deuvre“ berufen. . .

Sichert euer Stimmrecht!

Die Stimmlisten für die Reichstagswahlen liegen in den durch Säulenanschlag am 5. und 6. April bekanntgegebenen Auslegungsstellen noch bis einschließlich Sonntag, den 13. April dieses Jahres öffentlich zur Einsicht aus.

An den Dienstgebäuden der Bezirksämter werden bis zur Beendigung der Listenauslegung Platate angebracht werden, aus denen die Stimmberechtigten diejenige Auslegungsstelle feststellen können, in der sie die in Frage kommende Stimmliste einzusehen haben.

Nur wer in die Stimmlisten eingetragen ist, kann das Stimmrecht ausüben. Sind die Stimmlisten unrichtig, so muß sofort Einspruch erhoben werden.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Wahlleiter in Berlin.

Für den Wahlkreis 2 (siehe zum Wahlkreisverbandsleiter Brandenburg I ist Stadtrat Boegsch und als dessen Stellvertreter der Stadtrat Schünig ernannt worden.

Für den Reichstagswahlkreis 4 (Potsdam I) ist Regierungsrat Boß und als dessen Stellvertreter der Regierungsrat Freiherr v. Ziegenfuss, für den Reichstagswahlkreis 3 (Potsdam II) der Regierungsrat Edler v. Brun und zu dessen Stellvertreter der Regierungsrat Baron v. Löwenstein zu Kreiswahlleitern bzw. Stellvertretern ernannt worden.

Zum Verbandswahlleiter bzw. Stellvertreter für den Wahlkreisverband Brandenburg II ist Regierungsrat Boß bzw. Regierungsrat Freiherr v. Ziegenfuss bestellt worden.

Kommunistische Frechheit.

Von Franz Künstler.

Unsere am letzten Sonntag in der Brauerei Friedrichshain glänzend verlaufene Kundgebung gegen das Urteil im Hitler-Ludendorff-Prozeß wird wie üblich in der „Roten Fahne“ mit ausfallenden Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie herobegleitet.

Der Gipfel der Unverschämtheit wird aber erreicht, wenn sie mich sagen läßt, daß die Sozialdemokraten mit den kommunistischen Zuchthauslärnern nichts zu tun haben wollen!

Dieser frechen kommunistischen Berichterstattung sei der wahre Sachverhalt entgegengehalten.

Es ist richtig, daß Eichhorn nach Schluß der Versammlung sehr aufgeregt auf Levi und mich zurück und uns wiederholt der Frechheit bezichtigte. Darauf erwiderte ich Eichhorn in Zeugen Gegenwart von drei Parteigenossen: Solange die kommunistische Partei arme Proletarier aufhebt und sie als Stoßtrupp in sozialdemokratischen Versammlungen benutzt (die intellektuellen Urheber bleiben immer tapfer im Hintergrund), sozialdemokratische Referenten täglich bedrohen, sind wir gezwungen, auf Grund des bisherigen räpelhaften Betragens kommunistischer Versammlungsbefucher, unsere Versammlungen durch uneren Sozialistenschlägen zu lassen. Wenn dann die Kommunisten über Vergewaltigung reden und sich auf die Grundfah der Demokratie berufen, müssen wir es ablehnen, mit der kommunistischen Partei über Moral und De-

Preußen und das Reich.

Bayern, Thüringen, Mecklenburg — das sind die drei gewaltigen Marksteine auf dem erschütternden Wege, über dem die Worte „Abbau der Republik“ mit ehernen Worten eingemeißelt sind. Ob es sich um Richtersprüche handelt, die auch der Bestürzte nicht anders denn als Klassenjustiz bezeichnen kann, ob es sich um die Entfernung republikanischer Beamten handelt, die nicht aus Gründen mangelnder Qualifikation, sondern aus dem geradezu paradox anmutenden Grunde aus ihren Ämtern entfernt werden, weil sie Verteidiger der gegenwärtigen Staatsform und ihrer Verfassung sind — in jedem Falle ist es eine große Linie, die wir verfolgen können, und die, in ihrem Zuge dem dynamischen Prinzip der sich stets vermehrenden Schnelligkeit folgend, einem Ziel zusteuert, das mit dem Ende der Republik gleichbedeutend ist.

Wenn der Politiker für die Gegenwart alle Hoffnungen schwinden sieht, so pflegt er sich mit irgendwelchen Lichtblicken zu trösten, die vielleicht die Zukunft bietet, oder er sieht gar — um in Herrn Strefemanns bilderreicher Sprache zu reden — Silberstreifen am Horizont. Die deutsche Zukunft ist äußerlich

preussischen Politik je nach der individuellen Einstellung stehen wie man will das eine wird auch der schärfste Gegner der Koalitionspolitik einräumen müssen, daß der von tiefstem Ethos getragene Grundfah des römischen Rechts und Verfassungswesens „salus reipublicae suprema lex“ (Das Gemeinwohl das höchste Gesetz) stets zur Richtschnur der nachrevolutionären Politik Preußens gemacht worden ist.

Man wird gerade in diesen Tagen oft an das berühmte Wort August Bebel's erinnert, der immer dann befürchtete, etwas verkehrt gemacht zu haben, wenn seine Gegner ihn lobten. Und man möchte das Wort in der Gegenwart mit negativen Vorzeichen, aber in der gleichen Bedeutung anwenden, daß nämlich immer dann etwas Richtiges geschehen sei, wenn die Gegner es besonders heftig tadeln. Man erinnert sich an die Koalitionsverhandlungen bei der letzten Kabinetsumbildung im Reich, man hört aus Hamburg Herzigs erregte Rede herüberhallen, und bei welchem Worte wohl steigert sich die Wut der Nationalisten zu einer an Paroxysmus grenzenden Erregtheit? — bei der Erwähnung Preußens!

Stellt man dies einwandfrei fest, so hat man eigentlich schon genug gesagt. Es geht den Parteien der Reaktion bei den kommenden Reichstagswahlen um viel mehr, als um die Eroberung der Reichspolitik: Für sie handelt es sich darum, Preußens Verwaltung zu zertrümmern, ihm eine Regierung aufzuzwingen, die dem bayerischen oder mecklenburgischen System ähnelt, und auf diesem Wege — ein lange nicht gehörtes Wort taucht aus der Verleugnung — durch Herstellung der „homogenität“ deutschnationalen, das heißt reaktionäre und arbeitserfindliche Politik zu machen, die es in kürzester Zeit verstehen wird, mühsam angeknüpfte Fäden der Verständigung zum Auslande zu zerreißen und eine Isolierung Deutschlands herbeizuführen, der gegenüber die des Kaiserreichs von 1914 als eine „splendid isolation“ zu bezeichnen ist.

Es wäre eine Naivität, die durch keinen Präzedenzfall auch nur die leiseste Spur einer Berechtigung aufweisen könnte, anzunehmen, daß für Preußen der Ausgang der Reichstagswahlen gleichgültig ist. Gewiß, Preußen hat seine eigene Verfassung, seine eigene Regierung, sein eigenes Parlament, und über alle drei Faktoren werden die Wähler zu Beginn des nächsten Jahres ihr Urteil abzugeben haben. Dennoch aber ist das Gefüge Preußens so fest mit dem Reich verankert, daß alles darangelegt werden muß, einen Sieg der Reaktion im Reich zu verhindern, die ihre ersten Früchte auf preussischem Boden zu ernten gewillt wäre. Wir wollen das, was durch energische und zielbewusste Politik von Männern, die nicht wegen ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit, sondern wegen ihrer sachlichen Eignung an die Spitze berufen worden sind, geschaffen worden ist, nicht durch einen Hergz zertrümmern lassen, der es auf dem Gebiete des Opportunismus und der Heuscherelei („sie können nicht fliegen, sie können nicht schwimmen, sie werden nicht kommen“) weiter hätte bringen können, als auf dem der Politik. Wir wollen die Gegner gegen das Bollwerk der Republik anrennen lassen, aber wir hoffen — nicht obwohl, sondern weil wir Pazifisten sind, daß sie sich die Köpfe dabei blutig schlagen; wir wollen der Arbeiterchaft das Fundament erhalten wissen, auf dem allein die Grundmauern einer besseren Gesellschaftsordnung errichtet werden können. Und deshalb kann die Stimmabgabe zu den Reichstagswahlen nur im Sinne eines Determinantes zu dem demokratisch-republikanischen Preußen erfolgen. Auch das gilt es zu beherzigen!

Was bedeutet die Mietsteuer?

Die unsozialste Steuer in Deutschland!

Die wichtigsten Bestimmungen der letzten Steuernotverordnung sind die Bestimmungen über die Mietsteuer. Was ist die finanzielle Wirkung der Mietsteuer?

Die Friedensmiete betrug insgesamt rund fünf Milliarden Goldmark.

Anfang 1923 wurde im ganzen Reich etwa 1 Milliarde Goldmark Miete erhoben.

Wird die volle Friedensmiete hergestellt — und das ist das Ziel —, so bedeutet das eine Belastung der Mieter um 4 Milliarden Goldmark.

Jede Erhöhung der Miete um 10 Proz. ist eine Belastung von 500 Millionen Goldmark!

Diese Belastung trifft mit voller Wucht die breiten Massen der Arbeiter, des Mittelstandes, der Rentner, der Beamten, der Angestellten, bei denen die Miete einen hohen Prozentsatz des Einkommens verschlingt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich mit aller Kraft gegen die Mietsteuer gewandt. Sie hat beantragt, die Mietsteuer durch Zuschläge zur Vermögenssteuer zu ersetzen.

Alle bürgerlichen Parteien aber sind geschlossen für die Mietsteuer eingetreten.

Die Schlussfolgerung daraus heißt:

Wählt sozialdemokratisch!

Die Agrarier als Revolutionäre.

„Die Throne krachen zusammen.“

Man hat sich nachgerade daran gewöhnt, daß die deutschnational-deutschpöhlischen Großmänner in den rüdesten Tonarten über die „Autorenrepublik“ herfallen und deren Befestigung für ein Gott wohlgefälliges Werk ansprechen. Aber es ist eine falsche Vorstellung zu glauben, daß diese revolutionäre Bestimmung erst von heute und gestern sei. Wenn es um ihren Profit ging, haben die Agrarier noch niemals vor irgendeiner „Autorität“ haltgemacht. Bekannt ist, daß der alte Agrarierführer von Dieß-Daber — heute würde er deutschnational sein und auf die Juden schimpfen! — auf der Landtagswahl 1892 mit nicht mißzuverstehender Bitterkeit ausrief: „Die Minister können uns sonst was!“ Bekannt ist auch, daß die Gründer des Bundes der Landwirte drohten, sie würden „unter die Sozialdemokraten gehen“, wenn der Staat ihnen nicht 5 M., sondern nur 3,50 M. Roggenzoll bewilligte.

Und 1902, am 7. September, leistete sich das Organ des konservativen (heute: deutschnationalen!) „Landesvereins für das Königreich Sachsen“, „Das Vaterland“, die folgende Drohung an die damals kaiserliche Reichsregierung:

„Wenn ... die zur Verzweiflung getriebene Landbevölkerung mit dem Proletariat der Städte sich vereint, dann werden die Throne zusammenkrachen, und es wird ein Chaos herrschen, bis aus Blut und Brand und greuelvoller Verwüstung sich langsam wieder geordnete Zustände herauswinden können. Schon hört man aus Bauernmunde harte Anklagen gegen die Gleichgültigkeit der Regierenden, eine früher ungekannte Erbitterung hat in diesem gebildeten und zähen Stand um sich gegriffen; möge man diese Zeichen der Zeit richtig deuten und nicht unterschätzen, der Fehler könnte sich eines Tages schrecklich rächen.“

Diese offene Drohung mit Revolution, wie sie bössartiger gegen das kaiserliche Deutschland nicht ausgestoßen werden konnte, wurde im Hauptorgan der Agrarier, der „Deutschen Tageszeitung“, nicht etwa zurückgewiesen, sondern am 15. September 1902 zustimmend unterschrieben: Die Worte des „Vaterland“ seien „ernst, tiefgestimmt, bitter wahr und mögen manchem nicht unangenehm in den Ohren klingen; aber wahr sind sie, unzweifelhaft wahr, bitter wahr!“ Die ganze Drohung mit dem Sturz der Throne erfolgte, weil die Agrarier höheren Schutz zoll haben wollten.

Heute sind die „deutschnationalen“ und „böckischen“ gefährten Agrarier wieder soweit. Sie fordern neue Hungerzüge, neue Arbeiterrevolten, neues Vorrat der Besitzenden. Sie bereiten den Sturz der Republik vor, wie sie früher mit dem „Krauchen der Throne“ spielten. Alles um des Profites willen!

Wer aus der Geschichte lernen will, muß am 4. Mai dafür sorgen, daß die Wogen konterrevolutionären agrarischen Johnannis-triebs zerfallen an den festen Dämmen der Sozialdemokratie!

Öffentliche Wählerversammlungen

Donnerstag, den 10. April, abends 7 1/2 Uhr:

Wilmersdorf: Hindenburg-Oberrealschule am Seerpark. Referent: Legationsrat Dr. Walter Jechlin.

Tempelhof: Aula der Gemeindeschule, Friedrich-Wilhelm-Straße Ecke Werderstraße. Referent: Reichstagsabgeordneter Franz Künffler.

Budow-Brig: Turnhalle in Budow, Dorfstr. 6. Referent: Bezirksverordneter Tempert.

Pankow: Lokal Linder, Breite Str. 34. Referent: Landtagsabgeordneter Erich Kuttner.

Blankenburg: Lokal Klug, Dorfstraße. Referent: Bürgermeister Karl Leid, M. d. L.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Kampf um den neuen Reichstag!

Brenzlauer Berg (26. und 28. Abt.): Lokal Büttner, Schwedter Straße. Tagesordnung: „Die internationale Bedeutung der Reichstagswahlen.“ Referent: Redakteur Viktor Schiff.

Freitag, den 11. April, abends 7 1/2 Uhr:

Wedding: Papehofer-Ausschank, Chausseestr. 64. Sozialdemokratische Wählerversammlung mit Lichtbildvortrag: „Wen wählen wir?“ Eingeladene Gäste haben Zutritt.

Spandau: Lokal Seih, Schäferstraße. Referent: Genosse Niekisch.

Canalweg: Paradiesgarten, Rühlensstr. 21. Referent: Legationsrat Dr. Walter Jechlin.

Steglitz: Oberrealschule, Eifenstraße. Referent Pfarrer Bleier.

Adlershof: Wöllstein, Bismarckstr. 75. Referent: Eduard Bernstein.

Görlitz: Jägerhaus, Bahnhof-Ecke Friedrichstraße. Referent: Bürgermeister Paul Miell.

Tagesordnung: Die Bedeutung des 4. Mai.

Öffentliche Wählerinnerversammlung

Berlin-Mitte: Großer Saal des Gewerkschaftshauses, Engel- ufer 25. Tagesordnung: „Was fordern die Frauen vom neuen Reichstag?“ Referent: Dr. Julius Moses, M. d. R.

durch das Datum vom 4. Mai, den Tag der Reichstags- wahlen, festgelegt. Die Entscheidung, die an diesem Tage getroffen wird, wird für Jahre hinaus von bestimmendem Einfluß auf die Schicksale der deutschen Republik sein, und soviel hat auch das nicht mit Unrecht als unpolitisch verschrieene deutsche Volk begriffen, daß die Schicksale des einzelnen mit denen der Gesamtheit aufs engste verknüpft sind.

Deutschland ist staatsrechtlich ein merkwürdiges Land. Auch diejenigen, die bis in die letzten Jahre hinein die Blut- und Eisenpolitik Bismarcks mit der Beredsamkeit eines Demosthenes verteidigten, sind durch die Ereignisse der jüngsten Zeit zu der nachdenklichen Frage gekommen, ob jenes Deutschland von 1870 mit seiner einer glaubhaften Anekdote zufolge in einer einzigen Nacht von Bismarck diktierten Verfassung wirklich das organische Gebilde sei, das im ständigen gleichmäßigen Wachstum einer blühenden Entwicklung entgegengehen konnte. Die Weimarer Verfassung, die infolge widerstreitender Tendenzen den unitarischen Gedanken nicht voll zum Ausdruck bringen konnte, hat den Ländern eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt, die sie einmal zu Trägern einer individuellen Verwaltungspolitik macht und sie gegenüber der Reichspolitik als selbständige Faktoren auftreten läßt.

Inmitten der chaotischen Wirren, die durch die Schuld des Reiches und seiner einseitig orientierten Politik in Sachsen und Thüringen, durch eigene Schuld in Bayern hervorgerufen wurden, hat Preußen den steilen Weg einer gradlinigen und einheitlichen Politik verfolgt. Man mag zu Einzelheiten der

Deutschnationale Rohheit.

Ein Pastor reizt zum Vorschlag auf.

Am 5. d. M. fand in Bismark, Pr. Sachsen (Altmark), eine öffentliche deutschnationale Wählerversammlung statt. Referent war Reichstagsabgeordneter Martin Schiele, Schollehn. Es erübrigte sich, auf die Ausführungen Schiele's einzugehen, sein Thema enthielt die üblichen deutschnationalen Phrasen. Als Diskussionsredner sprachen die Genossen Otten, Treumann, Gebing, Martin Schiele ist in der Öffentlichkeit des gefälligen Diebstahls angeklagt worden, für ihn, dauernd daran erinnert, äußerst blamabel. Schiele betätigt sich aber auch als Heher, wie die „Rundburger Volksstimme“ berichtet:

Am Schluß der Versammlung sangen die Deutschnationalen stehend das Deutschlandlied. Die Sozialdemokraten blieben sitzen. Nach Schluß des Gesanges rief Schiele: „Seht Euch diese Lumpen-deutsche an, nicht mal ausgestanden sind sie. Raus, raus mit solchen Lumpen.“ Der Pastor Babenzien, Bismark, sah ebenfalls am Vorstandsitz und sagte: „Schlagt sie tot, schmeißt die Lumpen raus.“ Versammlungsleiter Adolf Böme rief: „Schmeißt das Lumpenpad raus.“ Dieses war das Signal zum allgemeinen Angriff. Bill Vindenan, Bismark, kam aus der Mitte des Saales über die Tische hinweg und schlug den Genossen Treumann ein mit dem Fuß ins Gesicht, der Landwirt Stroptopf aus Döllnig schlug mit einem Spazierstock wie ein Wilder auf Treumann ein mit dem Fuß: „Schlagt das Vieh tot.“ Der Erfolg war sofort sichtbar, neben anderen Verletzungen war Treumann der Schädel blutig geschlagen.

Martin Schiele, auf den Erfolg seiner Speereien hingewiesen, hatte trotzdem noch die Frechheit, angesichts des blutüberströmten Genossen Treumann auszurufen: „Das schadet nichts, so ist es richtig.“ und dabei leuchtete ihm die heße Freude aus dem Gesicht. Außer Treumann wurden noch die Genossen Otten und Preuß geschlagen. Alles dieses konnte geschehen unter den Augen des deutschnationalen Kreisvorsitzenden Studienrat Presting, Stendal. Gegen die deutschnationalen Prügelschenden und Heher ist Stroptopf angeklagt. Der eine der Rohlinge ist Pastor, der andere will wieder Abgeordneter werden. Ihre Methoden des politischen Kampfes charakterisieren ihre Partei.

Weiche mit Henko die Wäsche ein! Du sparst an Seife und Waschmittel und erleichterst Dir das Waschen

Henko Henkels Wäsch- und Bleich-Soda bewährt seit einem halben Jahrhundert für Wäsche u. Hausputz

Im Ofen überbacken ist **Bäckpulver Penner für Kuchenbäcker** In allen einschlägigen Geschäften erhältlich

Wirtschaft

Stark passive Handelsbilanz im Februar.

Die deutsche Handelsbilanz verzeichnete im Monat Februar einen großen Einfuhrüberschuß. Der amtliche Kommentator bemerkt allerdings dazu, daß infolge des Lockes im Westen aus den Zahlen über den Außenhandel eine einwandfreie Bilanz des Außenhandels nicht gezogen werden kann. Es betrug die

| Warengruppen | Einfuhr | | | Ausfuhr | | |
|------------------------------|------------|-----------|-------------------------|------------|-----------|-------------------------|
| | Febr. 1924 | Jan. 1924 | Monatsdurchschnitt 1923 | Febr. 1924 | Jan. 1924 | Monatsdurchschnitt 1923 |
| I. Leb. Tiere | 5 502 | 5 964 | 2 712 | 468 | 202 | 260 |
| II. Lebensmittel u. Getränke | 154 448 | 175 239 | 100 810 | 21 097 | 11 643 | 10 947 |
| III. Rohstoffe | 350 081 | 287 470 | 255 907 | 27 848 | 28 857 | 30 625 |
| IIIb. Halbverfertigte Waren | 62 984 | 54 288 | 67 168 | 80 720 | 27 218 | 30 228 |
| IV. Fert. Waren | 132 827 | 92 511 | 76 699 | 858 871 | 867 454 | 488 811 |
| V. Gold u. Silber | 8 775 | 2 695 | 987 | 1 440 | 1 152 | 1 290 |
| Zusammen | 718 587 | 568 182 | 506 783 | 468 889 | 431 021 | 506 596 |

Es ergibt sich also für den Februar eine sehr starke Steigerung der Einfuhr, der nur eine verhältnismäßig geringe Zunahme der Ausfuhr gegenübersteht.

Das die Einfuhr im einzelnen betrifft, so weist die Warengruppe „Lebensmittel und Getränke“ im ganzen einen Rückgang auf, und zwar hat sich vornehmlich der Import der Waren des Massenverbrauchs, wie Brotgetreide, vermindert. Eine Ausnahme macht Wehl, dessen seit Monaten zu beobachtende Einfuhrsteigerung sich fortsetzt. Bei den „Halbverfertigten Waren“ ist nur eine geringe Zunahme zu verzeichnen. Dagegen ist die Steigerung bei den „fertigen Waren“ relativ und absolut bedeutend. Bei weitem der größte Teil der Steigerung entfällt aber auf die „Rohstoffe“. Es sind in dieser Gruppe fast alle Waren an der Steigerung beteiligt. Besonders stark ist die Zunahme bei Textilrohstoffen und Kohle. Diese Zunahme steht im Zusammenhang mit der Konjunkturbelebung in der verarbeitenden Industrie und dürfte ferner darauf zurückzuführen sein, daß die unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des vergangenen Jahres verminderten Warenbestände nunmehr wieder aufgefüllt werden.

Auf der Ausfuhrseite ist in der Gruppe „Lebensmittel und Getränke“ eine beträchtliche Zunahme zu beachten, (was in der Hauptsache auf die vermehrte Ausfuhr von Zucker zurückzuführen ist), ohne daß allerdings die absoluten Zahlen hierbei wesentlich ins Gewicht fallen. Bei den übrigen Gruppen ist die Zunahme sowohl relativ wie absolut geringfügig.

Im ganzen ergibt sich im Februar eine Passivität von 252 Millionen Goldmark (ohne Berücksichtigung des Außenhandels des besetzten Gebiets). Dieser Einfuhrüberschuß muß zum größten Teil durch die Gewährung ausländischen Kredits und den Rückfluß deutscher Auslandsguthaben ausgeglichen worden sein. Denn die übrigen Aktiosten der Zahlungsbilanz (Frachten usw.) sind zu gering, als daß sie den Passivsaldo der Handelsbilanz aufwiegen könnten.

Die Gewichtszahlen der Warengruppen geben naturgemäß die Veränderungen nur ungenau wieder. In 1000 Doppelzentner betrug die:

| Warengruppen | Einfuhr | | | Ausfuhr | | |
|------------------------------|------------|-----------|-------------------------|------------|-----------|-------------------------|
| | Febr. 1924 | Jan. 1924 | Monatsdurchschnitt 1923 | Febr. 1924 | Jan. 1924 | Monatsdurchschnitt 1923 |
| I. Lebende Tiere | 41 | 57 | 23 | 1 | 0 | 1 |
| II. Lebensmittel u. Getränke | 4 188 | 4 867 | 3 086 | 782 | 450 | 543 |
| III. Rohstoffe | 19 845 | 17 978 | 30 648 | 2 108 | 2 607 | 4 048 |
| IIIb. Halbverf. Waren | 2 576 | 2 788 | 3 792 | 1 578 | 1 587 | 2 149 |
| IV. Fertige Waren | 1 853 | 1 163 | 1 563 | 8 164 | 2 879 | 3 588 |
| V. Gold u. Silber | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Zusammen | 27 406 | 28 684 | 89 064 | 7 933 | 7 523 | 10 637 |
| Weiterdem | | | | | | |
| Pferde | 1 067 | 270 | 1 435 | 41 | 11 | 59 |

Im Monat März dürfte die Wareneinfuhr infolge des hamburger Hafenstreiks zurückgegangen sein. Trotzdem ist, weil die Ausfuhr nicht entsprechend steigen konnte, auch für den eben vergangenen Monat ein Ueberschuß der Einfuhr zu erwarten.

Substanzvermehrung.

Die demnächst notwendig werdende Umstellung der Aktiengesellschaften auf Goldbilanzen macht die Bereicherung, die die Industrie in der Inflationszeit erfahren hat, in vielen Fällen deutlicher kennlich, als es die verschwommenen oder absichtlich frustrierten Papiermarktquotierungen tun konnten. Bisher werden die Ertragsrechnungen und Vermögensaufstellungen allerdings immer noch in Papiermark aufgestellt. Dennoch haben sich manche Unternehmen veranlaßt, auf die Ausfuhr der Umstellung bereits hinzuweisen und aus den Mittelungen hierüber sowie aus den Veränderungen im Vermögensstand kann man schließen, inwiefern im letzten Jahrzehnt eine Substanzvermehrung eingetreten ist.

So veröffentlicht die Panzer A.-G., die in Berlin umfangreiche Werkstätten im Betrieb hat und Geschäfte, Maschinen und bergleichen herstellt, ihren Geschäftsbericht für das am 30. September 1923 abgelaufene Geschäftsjahr. In der Bilanz sind die Konten

Werkzeuge, Berzeuge, Geräte, Wagen und Pferde auf je 1 R. abgedacht, obwohl, besonders bei Maschinen und Geräten im letzten Jahre beträchtliche Neuerwerbungen stattgefunden haben. Außerdem wurde das Berliner Werk erweitert durch Ankauf des nahezu 3000 qm großen Hinterlandes, auf dem Lagerhallen errichtet wurden. Die Bureauräume sind ungefähr verdoppelt worden. Trotzdem weist das Gebäudekonto nur den verhältnismäßig geringen Zuwachs von 13,06 Milliarden auf. Interessant sind die Bemerkungen des Geschäftsberichtes über die Ausfuhr der Goldbilanz. Da heißt es:

„Wie sich die Goldbilanz der Gesellschaft gestalten wird, kann vorläufig, insbesondere vor Erlass der Ausführungsbestimmungen zur Veranbarung über die Goldbilanzen nicht vorausgesetzt werden. Da wir in den letzten Jahren beträchtlich unsere Werke durch Ausbau der Betriebe zu veredeln konnten und die Interessen der Gesellschaft zu erweitern, so wird trotz der erfolgten Kapitalserhöhungen voraussichtlich eine größere Zusammenlegung des Aktienkapitals nicht erforderlich sein.“

Diese Mittelungen rufen in das richtige Licht unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Aktienkapital zurzeit 8,5 Millionen beträgt, vor Kriegsbeginn jedoch nur 1,8 Millionen Goldmark betragen hat. Wird das Aktienkapital überhaupt nicht zusammengelegt so wäre die Substanz in Goldmark allein nach dem Aktienkapital mehr als das Dreifache gestiegen, ungerichtet den Gewinn, der durch die nur geringe Aufwertung der Obligationsschulden der Gesellschaft erzielt wird. Es handelt sich hierbei um annähernd 1 Million Goldmark. Weitere Goldreserven mögen in den Beteiligungen enthalten sein. Das Aktienkapital kann somit selbst im Verhältnis von 1 zu 4 zusammengelegt werden, ohne daß eine Substanzvermehrung zu verzeichnen wäre. Nach den zitierten Mittelungen der Gesellschaft scheint allerdings, wenn überhaupt eine, so eine noch geringere Zusammenlegung beabsichtigt zu sein, jedenfalls keine, die den erfolgten Kapitalserhöhungen entspräche. Von einer Substanzvermehrung kann demnach aller Voraussicht nach überhaupt nicht die Rede sein und ähnliche Beobachtungen wird man bei anderen Gesellschaften machen können, die ehrlich genug sind, ihren Vermögensstand offen zu bekennen, um sich den Kapitalmarkt nicht für die Zukunft zu verschließen.

Die Golddiskontbank nimmt ihre Tätigkeit auf.

Wie wir hören, ist die deutsche Golddiskontbank am 7. April errichtet worden. Sie wird in den nächsten Tagen den Verkehr mit dem Publikum aufnehmen, worüber noch Nachricht ergeht.

Ausführungsgezet zum Reichsheimstättengezet.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat Ausführungsbestimmungen zum Reichsheimstättengezet vom 10. Mai 1920 und zum preussischen Ausführungsgezet dazu vom 18. Januar dieses Jahres überhandt. Aus diesen Bestimmungen, die 20 Ubfäge umfassen, teilt der Amtliche Preussische Brieftaschen folgendes mit:

Wo im folgenden von Heimstätten die Rede ist, sind darunter Wohnheimstätten bzw. Heimstättenanlagen, nicht aber Wirtschaftshausstätten zu verstehen. Der Begriff des Einfamilienhauses schließt nicht aus, daß in dem Hause ausnahmsweise noch Räume vorübergehend oder auch ständig für eine zweite, kleinere Familienwohnung hergerichtet werden. Die Wohnung des Heimstättlers muß jedoch stets die Hauptstube bilden. — Die kommunalen Verwaltungsbehörden werden sich der Unterstützung und Förderung des Heimstättenwesens anzunehmen haben.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

| Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin. | |
|---|---------------|
| Gerstengraben, lose | 14,00—17,25 |
| Gerstengraben, lose | 14,00—17,00 |
| Hafengraben, lose | 15,75—16,00 |
| Hafengraben, lose | 16,00—16,50 |
| Roggenmehl 9/1 | 12,75—14,75 |
| Weizenmehl | 18,00—19,00 |
| Hartweizen | 22,00—23,50 |
| 75% Weizenmehl | 14,50—16,— |
| Weizen-Auszugmehl | 17,00—21,00 |
| Speiseerbsen, Viktorie | 19,00—22,75 |
| Speiseerbsen, kleine | 14,00—17,00 |
| Bohnen, weiße, Feri | 20,25—24,50 |
| Langbohnen, handverles. | 30,00—32,50 |
| Linsen, kleine | 26,00—35,00 |
| Linsen, mittel | 36,50—42,00 |
| Linsen, große | 43,00—49,50 |
| Kartoffelmehl | 16,00—17,75 |
| Makkaroni | 40,00—45,00 |
| Makkaronimehl | 36,00—37,50 |
| Schnittmehl, lose | 20,00—24,50 |
| Bruchreis | 15,75—17,50 |
| Rangoon Reis | 17,00—19,25 |
| Tafelreis, glatt, Patna | 21,00—31,00 |
| Tafelreis, Java | 31,00—36,00 |
| Ringkorn, amerik. | 31,00—36,00 |
| Geir. Pinnum 90/100 | 43,00—48,00 |
| Pflaumen, entsteint | 55,00—60,00 |
| Cal. Pflaumen 40/50 | 60,00—65,00 |
| Rosinen in Kisten, Candia | 75,00—95,00 |
| Sultaninen Caraburu | 80,00—100,00 |
| Korinthen, choice | 80,00—85,00 |
| Mandeln, süße Bari | 140,00—160,00 |
| Mandeln, bittere Bari | 135,00—150,00 |
| Zimt (Cassia) | 110,00—120,00 |
| Kümmel, holländischer | 155,00—165,00 |
| Schwarzer Pfeffer Sinesigap. | 165,00—111,00 |
| Weißer Pfeffer | 138,00—148,00 |
| Rohkaffee Brasil | 180,00—215,00 |
| Rohkaffee Zentralamerika | 240,00—300,00 |
| Röstkaffee Brasil | 240,00—280,00 |
| Röstkaffee Zentralam. | 320,00—400,00 |
| Malzkaffee, gepackt | 23,00—25,00 |
| Röstgetreide, lose | 16,50—18,00 |
| Kakao, festarr. | 100,00—125,00 |
| Kakao, leicht entölt | 130,00—153,00 |
| Tea, Souchon, gepackt | 350,00—420,00 |
| Tea, indischer, gepackt | 425,00—500,00 |
| Inlandszucker basis mel. | 40,00—42,50 |
| Inlandszucker Raffinade | 42,50—44,50 |
| Zucker Würfel | 46,00—48,00 |
| Kunsthonig | 36,00—40,00 |
| Zuckersirup hell in Elm. | 49,00— |
| Speisesirup dunk. in Elm. | 33,00—35,00 |
| Marmelade Eintr. Erb. | 108,00—120,00 |
| Marmelade Vierfrucht | 40,00—48,00 |
| Pflaumenmus in Eimern | 45,00—48,00 |
| Steinsalz, lose | 3,20—3,80 |
| Steinsalz, lose | 4,00—4,60 |
| Bratenschmalz in Tierces | 67,00— |
| Bratenschmalz in Kübeln | 68,00—69,50 |
| Purelard in Tierces | 66,50— |
| Purelard in Kisten | 67,50—68,00 |
| Speisetalg in Packung | 46,00—50,00 |
| Speisetalg in Kübeln | 46,00—49,00 |
| Margarine, Handelsm. I | 56,00— |
| desgl. II | 48,00—52,00 |
| Margarine, Spezialm. I. | 76,00— |
| desgl. II | 60,00—65,00 |
| Molkereibutter, Fässern | 178,00— |
| Molkereibutter in Pack. | 180,00— |
| Landbutter | 150,00—158,00 |
| Auslandbutter in Fässern | 175,00— |
| Auslandbutter in Pack. | 180,00— |
| Corned beef 12½ lbs p. K. | 25,00—36,00 |
| Speck, gesalzen, fett | 62,00—67,00 |
| Quadratkäse | 30,00—40,00 |
| Quarkkäse | 35,00—50,00 |
| Tilsiter Käse, vollfett | 120,00—125,00 |
| Ausl. ungesuck. Condensmilch 48/16 | 22,80—25,00 |
| Inländische desgl. 48/12 | 18,00—19,00 |
| Inl. gez. Condensm. 48/14 | 28,00—29,00 |

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Als Ausgeber werden die preussischen Wohnungsfürsorgegesellschaften und die Gemeinnützige A.-G. für Angestellten-Heimstätten in Berlin zugelassen. Ob noch weitere gemeinnützige Vereinigungen mit Ausgeberbefugnissen ausgestattet werden, muß bei der großen Verantwortung der Entscheidung des Ministers für Volkswohlfahrt vorbehalten bleiben. Der Preussische Staat wird nicht als Ausgeber auftreten.

Wer eine Heimstätte erwerben will, hat sich zunächst an seine Wohnst. oder Aufenthaltsgemeinde zu wenden, die in erster Reihe zur Anlegung von Heimstätten berufen ist. Beachtlich ist die Uebernahme der Ausgeberlast, so wird sich der Bewerber an die zuständige Wohnungsfürsorgegesellschaft zu wenden haben. — Von der Festlegung bestimmter Höchst- und Mindestgrößen für die Heimstätten wird abgesehen. — Die gute Ausnutzung des Grundstücks wie die Verbilligung von Straßenanlagen usw. dürfen sich gerade bei größeren Stätten am ehesten in geschlossenen Heimstättenbedingungen erreichen lassen. Ist das Grundstück, bei dem die Heimstätteneigenschaft eingetragen werden soll, mit Rechten Dritter belastet, so ist die Zustimmung sämtlicher eingetragener Berechtigter sowie vorläufig noch die Genehmigung durch den zuständigen Minister erforderlich. — In den letzten Ubfügen der Ausführungsbestimmungen wird das Vorkaufrecht an Heimstätten im einzelnen geregelt.

Die Holzindustrie in Sowjetrußland.

Während der sogenannten kommunistischen Periode (d. h. bis Anfang 1921) hat die Sowjetregierung die Holzindustrie fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Brennholzbeschaffung betrachtet. Durch das Zwangsangebot von Hunderttausenden arbeitspflichtigen Bauern ist es der Sowjetregierung gelungen, in der Kampagne 1919/20 rund 9,7 Millionen und in der Kampagne 1920/21 5 Millionen Kubikfuß Brennholz zu beschaffen. Dabei ist ein Raubbau schamloser Art getrieben worden.

Die neue Wirtschaftspolitik hat neben einem allmählichen Abbau der Zwangsarbeit eine vollständige Reorganisation der staatlichen Holzindustrie mit sich gebracht. Vor allem wurde der Grundlag der Wirtschaftlichkeit und kaufmännischen Betriebsführung proklamiert. Die Holzindustrie wurde zu großen Gebietsgruppen, wie Samara, Dwinsk, Petrosaw und zusammengefaßt, wobei noch nicht territorialer Prinzip nur drei Trusts gebildet wurden: der Jammertrust, der Trust der Spulen- und Webereifabrikindustrie und der Trust der Holz- und Holzmaterialindustrie mit Wirksamkeit für ganz Rußland.

Diese Neuordnung hat nicht verfehlt, eine Steigerung der Produktion herbeizuführen, wenngleich der schlechte Zustand der wirtschaftlichen Anlagen der Betriebe, die mangelhafte Kapitalausstattung, die ungenügende Finanzierung, die hohe Besteuerung u. a. mehr die weitere Entwicklung dieses Industriezweiges nachteilig beeinflusst hatten. Einer ausführlichen Abhandlung über die russische Holzindustrie im letzten Heft der „D. Wirtschaft“ (Beilage für Politik und Wirtschaft, Berlin SW 48) entnehmen wir über die neueste Entwicklung folgende Daten. Die Holzbeschaffung betrug in der Kampagne 1921/22 rund 5 Millionen Kubikfuß, 1922/23 nur 4,5 Millionen, die Beschaffung von Nutzholz 1 Million bzw. 1,4 Millionen Kubikfuß (zu je 9,7 Kubikmeter). Das die Zigarbeiter betrifft, so wurden im Wirtschaftsjahre 1921/22 (Oktober 1921 bis September 1922) 61,2 Millionen russische Kubikfuß (zu je 28,3 Kubikmeter), 1922/23 aber 107,2 Millionen russische Kubikfuß Bretter gelegt. Von den 627 in Trusts veranlagten Werken waren im letztgenannten Jahre durchschnittlich 284 Betriebe mit 20 979 Arbeitern beschäftigt. Gegenüber dem Jahre 1921/22 war die Zahl der arbeitenden Betriebe um 8, die Arbeiterzahl um 8 000, die Produktion um rund 46 Millionen Kubikfuß gestiegen. Die allgemeine Steigerung der Produktion, die bessere Ausnutzung der Betriebe und die Steigerung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters müssen als unverkennbare Fortschritte angesehen werden, wenn man auch nicht vergeßen darf, daß die gegenwärtige Produktion noch nicht 50 Proz. des Vorkriegsniveaus erreicht. Die übrigen Zweige der holzverarbeitenden Industrie sind bisher über die ersten Anfänge noch nicht hinausgekommen.

Deutsch-portugiesisches Handelsabkommen. Die am 31. Mai d. J. ablaufende Gültigkeitsdauer des deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsübereinkommens ist durch Notenwechsel mit der portugiesischen Regierung bis zum 31. Dezember d. J. verlängert worden.

Eine neue deutsche Kolonie. Eine Gruppe von etwa 1000 Arbeitern des Saingauer Industriegebietes hat in Moskau um Zuweisung von Land zur Gründung einer Kolonie gebeten. Wie der D. Appreh. erfährt, hat eine Kommission des Rates für Arbeit und Verteidigung jetzt beschlossen, den deutschen Kolonisten 3000 Dehjatinen Land zuzuwenden, und zwar im Wolgarebiet. Doch macht der Rat die Bedingung, daß die Ueberbedeckung der Deutschen auf ihre eigenen Kosten erfolgt und daß sie die Existenzmittel für die erste Zeit selbst beschaffen. Die Sowjetregierung wird ihnen dann dieselbe Unterstützung erweisen, die auch anderen Einwanderern zuzill wird.

Koch & Seeland

an der Spitze der Leistungsfähigkeit!

- Sporianzugstoffe
- Homespun „reine Wolle“ Mr. 6.⁵⁰
- Damen-Kostümeffstoffe Donegal 4.⁵⁰
- „reine Wolle“ 1.40 breit Mr.

Seestraßenstr. 20/21 Sieg. 1893

Emil Paffke
(1. Vorsitzender des Vereins
Berliner Ketten-Raucher)
spricht:



„ und dann noch eins, meine Herren: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht das gleiche. Es kommt doch etwas anderes heraus. Da heißt es, klaren Kopf behalten, um scheinbar gleiche Dinge auseinander halten zu können. Ich z. B. mache es so: ich sehe und höre mir alles an, lese auch alles, rauche aber TELEPATHI!“

(Fortsetzung folgt)

Sind Sie gerüstet?



Wir sind's!

und Sie finden daher bei uns, als zum Fest besonders geeignet, in der bei uns bekannten Auswahl:

Kleider

- Cheviot-Kleider von **675** an
- Gabard.-Kleider von **1875** an
- Trikot-Kleider (Kunstseide) von **1750** an

Kostüme

- Sporn - Kostüme von **1350** an
- Chev. - Kostüme von **1975** an

Tailor-made - Kostüme
in prima Stoffen und Verarbeitung.

Mäntel

- Donegal-Mäntel von **675** an
- Covercoat-Mäntel von **850** an
- Tuch-Mäntel von **1950** an
- Lederol-Mäntel von **2975** an

Blusen

- Flanell-Blusen baumwollene von **195** an
- Zephir-Blusen von **295** an
- Zephir-Blusen mit schön. Streifen von **395** an
- Trikot-Jumper (Kunstseide) von **575** an

Röcke

- Sporn - Röcke von **225** an
- Donegal-Röcke von **390** an
- Cheviot-Röcke von **375** an
- Gabard.-Röcke von **895** an

Strickwaren

- Geschmackvolle Wealen von **775** an
- Kleidsame Strickjacken von **875** an



Sehr eleganter **Tuch-Mantel** mit aparter, neuartiger Mäckerel-Verzierungen und Volants **24⁵⁰**

Modernes **Chev.-Kostüm** mit erstrebender bunter Mäckerel-Verzierungen, modernem Löffelstreifen, Tasche ganz gefüttert **19⁷⁵**

Mädchen **Cheviot-Kleid** mit schöner Glasperl-Mäckerel und Tresse gezieret, gut verarbeitet **12⁵⁰**

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderpl.
Chausseesir. 113
Beim Stettiner Bahnhof
(Untergrundbahnstation)

Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Verkäufe

Kleider-Verkäufe
Kleider, Kostüme, Mäntel, Blusen, Röcke, Strickwaren, etc.

Wäsche-Verkäufe
Wäsche, Handtücher, etc.

Möbel-Verkäufe
Möbel, etc.

Musikinstrumente

Verkauf
Pianos, Klaviers, etc.

Kaufgesuche
Suche nach bestimmten Instrumenten.

Unterricht
Musikunterricht.

Verschiedenes
Verschiedene Musikinstrumente.

Stellenangebote

Redakteur gesucht!
Suche nach Redakteur für Zeitung.

Umleimer, Kasten-Fertigpolierer
Suche nach Umleimer.

Fronten - Fertigpolierer, Putzer
Suche nach Fronten-Polierer.

Planofabrik Otto Marquardt
Suche nach Planofabrikanten.

Harzbesticker (innen)
Suche nach Harzbesticker.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche
Suche nach Arbeitsplätzen.

Plakalmaler

Stoffdrucker
Suche nach Stoffdrucker.

Porzellanmaler
Suche nach Porzellanmalern.

Tüchtiger Schlosser-Vorarbeiter
Suche nach Schlosser-Vorarbeiter.

Tüchtige Glasschleifer
Suche nach Glasschleifern.

Abzieherin und Druckerin
Suche nach Abzieherin/Druckerin.

Ballfleberinnen
Suche nach Ballfleberinnen.

Botefrauen
Suche nach Botefrauen.

Carl Böhme Nachf.

Wilmersdorf, Berliner Str. 130
Moabit, Turmstraße 31

Extra billige Oster-Angebote

in Kleiderstoffen, Wäschstoffen, Damenwäsche, Herrenartikeln, Handschuhen, Strümpfen, Tricotagen, Schürzen, Blusen, Kleiderröcken, Teppichen, Gardinen, Läuferstoffen